

Redebuch

2021



Initiative Bremer Montagsdemo: Redebuch. Beiträge

2004 – 2005 – 2006 – 2007 – 2008 – 2009 – 2010 – 2011 – 2012 –
2013 – 2014 – 2015 – 2016 – 2017 – 2018 – 2019 – 2020 – 2021

www.Bremer-Montagsdemo.de

Zusammengestellt und laufend ergänzt
von G. D. Brettschneider

Typeset with Markup Shredder
www.Gerolf.org

16 years of protest. Then judges ruled against prosecuting the “lazy”.

Download full documentation of the Bremen Monday Demonstration,
containing speeches held at the market place and primarily
directed against the Hartz IV Act of 2004, which in Germany
is widely seen as social shortage. Total size is about 75 MiB.

Use “unsigned” MODEMO.BAT downloader script for Windows
by G. D. Brettschneider featuring Wizard’s Apprentice. All free!
Save script to desired target folder. Be warned not to run
this program – it’s MODEMO documentation downloader!

*Disclaimer: This program may cause
severe damage to global capitalism.*

Meine Kindheit war nicht auf Rosen gebettet
Meine Herbstzeit wird mit Dornen bespickt
Ich habe mich immer aus der Not gerettet
Und noch gehofft auf ein besseres Rentnerglück

Ursula Gatzke

Bremer Montagsdemo

2021

Grundsätze

Februar: 721.

März: 722.

April: 723.

Mai: 724.

Juni: 725.

Juli: 726.

August: 727.

September: 728.

Oktober: 729.

November: 730.

Kontakt

Bremer Montagsdemo

Grundsätze

1. Die Montagsdemonstration ist eine **überparteiliche Aktion** der Bevölkerung und trägt entstehende Kosten aus deren Spenden. Die Gelder werden ordentlich verwaltet. Es gibt eine regelmäßige Kassenprüfung.
2. Alle Teilnehmer(innen) haben das Recht auf Vertretung ihrer Standpunkte. Zur Diskussion steht ihnen das **Offene Mikrofon** zur Verfügung. Damit viele Menschen zu Wort kommen, sollen Redebeiträge nicht länger als drei Minuten dauern.
3. Alle Teilnehmer(innen) sollen einen Beitrag für das **gemeinsame Anliegen** leisten, also ihre Diskussion gleichberechtigt, solidarisch und sachlich führen. Wir grenzen uns entschieden von Faschisten ab: Sie haben auf der Montagsdemo nichts zu suchen!
4. Auf einem Vorbereitungstreffen wird eine **Koordinierungsgruppe** gewählt, deren Zusammensetzung die Montagsdemo repräsentiert und die für Einheit und Selbständigkeit der Bewegung eintritt. Diese Gruppe hat keine Weisungsbefugnis und muss sich spätestens nach einem Jahr zur Wahl stellen.
5. Die Koordinierungsgruppe fördert gegenseitige Hilfe im sozialen Netzwerk, pflegt Erfahrungsaustausch und unterstützt **gemeinsame Aktivitäten**. Sie arbeitet auch mit Gewerkschaften, Organisationen und Initiativen sowie der bundesweiten Koordinierungsgruppe zusammen.
6. Die Koordinierungsgruppe organisiert **Vorbereitungstreffen** der Montagsdemo und schlägt Themenschwerpunkte vor. Sie ist für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zuständig und betreibt eine eigenständige Homepage für die Bremer Montagsdemo.
7. Die Moderatoren nehmen **Manuskripte** gehaltener Reden zur Veröffentlichung im Internet entgegen. Erbeten wird Maschinenschrift; außerdem Angabe von Datum, Name, (Email-)Adresse, Parteizugehörigkeit; weiterhin Genehmigung redaktioneller Überarbeitung.

*Beschlossen am 14. Februar 2005 von den Teilnehmern
der 26. Bremer Montagsdemo*

Bremer Montagsdemo

Kurzvorstellung

Wie in zahlreichen anderen Städten Deutschlands findet in Bremen seit Mitte August 2004 jeden Montag um 17:30 Uhr auf dem Marktplatz eine Demonstration gegen die Hartz-Gesetze statt. Sie hat in den ersten fünfzehn Wochen durchweg dreistellige Teilnehmerzahlen erreicht und wird von einem festen Kern „neuer Politiker“ entschlossen weitergeführt.

Denn Hartz IV heißt: Massenarmut und Zwangsarbeit! Die Regierung ist dazu übergegangen, nicht mehr die Arbeitslosigkeit, sondern die Arbeitslosen zu bekämpfen! Löhne und Gehälter werden abgesenkt und gleichzeitig mit Ein-Euro-Jobs weitere Arbeitslose produziert! Dagegen steht unser Schlachtruf: „Weg mit Hartz IV! Das Volk sind wir!“

Auf der Montagsdemo gibt es ein „Offenes Mikrofon“, an dem jede Frau, jeder Mann und jede(r) Jugendliche, ob mit oder ohne Job, die eigene Meinung frei sagen kann. Nur für Neonazis gibt es kein Rederecht! Eingereichte Manuskripte werden auch im Internet dokumentiert.

Die Bremer Montagsdemo, anfangs vom „Bündnis gegen Sozialkahltschlag und Bildungsabbau“, seit Mitte Januar 2005 von der *Initiative Bremer Montagsdemo* organisiert, ist bundesweit vernetzt mit anderen Montagsdemos. Auf demokratischer Grundlage finden Aktionskonferenzen nach dem Delegiertenprinzip statt, auch eine Koordinierungsgruppe ist gebildet worden.

Die Montagsdemo ist überparteilich, und alle Entscheidungen treffen die Teilnehmer selbst. In unserer Bewegung sind bedeutsame Formen unmittelbarer Demokratie und solidarischer Streitkultur entstanden. Wir lassen uns nicht vor den Karren einer Partei spannen! Wir sehen politische Tätigkeit nicht mehr nur darin, am Wahltag ein Kreuzchen zu machen, sondern nehmen unsere Sache in die eigene Hand!

Initiative Bremer Montagsdemo

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

721. Bremer Montagsdemo am 01. 02. 2021

Umfassender Lockdown sofort!

Auch wenn die Zahl der Neuinfektionen seit Kurzem leicht zurückgegangen ist, gibt es keinen Grund zur Entwarnung: Insgesamt sind in Deutschland bis heute fast 56.000 Menschen an oder mit Corona gestorben, über 2,2 Millionen infiziert. Mit den neuen Mutanten, die bis zu 70 Prozent infektiöser sind, droht eine dritte Welle.

Was wir brauchen, ist ein sofortiger, vollständiger, echter Lockdown – und kein Ausklammern von Fabriken und Büros! Es muss endlich Schluss damit sein, dem Diktat der Industrie zu folgen, die für Profite über Leichen geht. Alle Betriebe müssen für zwei oder drei Wochen geschlossen werden, bis das Infektionsgeschehen so weit runtergefahren ist, dass jede einzelne Erkrankung wieder nachverfolgt werden kann. In Australien und Neuseeland hatte man damit Erfolg.



Ein Skandal ist auch das Chaos um Impfstoffbeschaffung und Impfungen. Es muss sofort durchgesetzt werden, dass wirksame und geprüfte Impfstoffe freigegeben werden und sämtliche Pharmahersteller per Gesetz gezwungen werden, diese massenhaft herzustellen. Der Patentschutz muss dafür aufgehoben werden.

Es ist schon witzig, dass Gesundheitsminister Spahn am Wochenende nun selbst mit dieser Überlegung kam. Zeigt das nicht das totale Eingeständnis, dass das kapitalistische System, das nur auf Profitmaximierung und Konkurrenz bis hin zur Vernichtung der Konkurrenten beruht, völlig untauglich ist? Es müssen alle Länder der Welt den Impfstoff ausreichend und schnell bekommen, denn erst wenn Corona auf der ganzen Welt besiegt ist, ist die Pandemie beendet.

Es gibt eine Wechselwirkung der verschiedenen Krisen: Wirtschaftskrise, Gesundheitskrise, Umweltkrise und jetzt noch das widerwärtige Geschacher um den Impfstoff. All das schreit förmlich nach Überwindung des weltweit herrschenden Kapitalismus!

Auch die Ursachen der Pandemie, einer Zoonose, also das Überspringen von Krankheiten von Tier auf Mensch und umgekehrt, sind Ergebnis der Zerstörung

der Lebensräume zahlreicher Tierarten durch die der Profitgier unterworfenen kapitalistischen Wirtschaftsweise und der kapitalistischen Massentierhaltung.

Epidemien und Pandemien gab es schon immer, aber seit Beginn des kapitalistischen Zeitalters haben sie extrem zugenommen und treten in kürzeren Abständen auf. Im Sozialismus würden alle Kräfte gebündelt, um gemeinsam mit der Pandemie fertig zu werden – weltweit!

Im Kapitalismus aber nutzen die Konzernchefs die Pandemie zum Angriff auf Arbeiter und Arbeitslose. Im letzten Jahr stieg die Zahl der Langzeitarbeitslosen in Deutschland um 31 Prozent auf nunmehr knapp eine Million. Weitere Massenentlassungen sind geplant bei den Banken, in der Autoindustrie, bei Airbus und weiteren Konzernen. Längst nicht alles ist eine Folge von Corona.

„Gesamtmetall“-Chef Wolf lehnt Lohnerhöhungen ab, mit der höhnischen Begründung, der Verlust von 100.000 Arbeitsplätzen in der Metall- und Elektroindustrie führe dazu, dass den Beschäftigten die Sicherheit des Arbeitsplatzes wichtiger sei als mehr Lohn. Weiter fordert er, dass es keine Erhöhung von Hartz IV geben dürfe: „Der Ansatz muss sein, dass es sich lohnt zu arbeiten. Ich bin dagegen, dass jemand, der nichts tut, obwohl er es könnte, eine Grundsicherung bekommt“.

Leute wie Wolf sorgen dafür, dass Hunderttausende arbeitslos werden und ab einem bestimmten Alter gar keinen Job mehr bekommen – und die sollen dann auch noch selber schuld sein! Weiter fordert er eine neue „Agenda 2010“ mit noch viel größerem Billiglohnsektor. Nebenbei: Herr Wolf selbst bekam bereits im Jahr 2009 ein Grundgehalt von 67.423 Euro monatlich, heute wird es deutlich mehr sein!

Den Giersäcken reicht das alles noch nicht. Sie fordern Milliarden Abschreibungsprogramme und radikale Senkung der Unternehmenssteuern, weitere Verlängerung der Lebensarbeitszeit, Aufweichung von Umweltschutz und Arbeitsrecht. Dagegen müssen die Arbeiter den Weg der Arbeiteroffensive beschreiten! 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich! Kampf für höhere Löhne!

Unsere Forderung bleibt die Abschaffung von Hartz IV und stattdessen Arbeitslosengeld 1 ohne Befristung, dazu als Sofortmaßnahme die Erhöhung von Hartz IV auf 600 Euro im Monat. Gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die Arbeiter und breite Bevölkerung müssen wir uns gemeinsam zu Wehr setzen. Umfassender Lockdown sofort – ohne Anrechnung auf den Urlaub und mit voller Lohnfortzahlung!

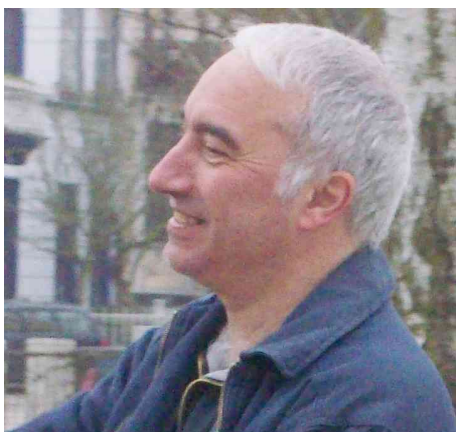
Wolfgang Lange (MLPD)

„Menschen mit weniger Geld leiden in der Pandemie stärker“:
SPD-Chef Walter-Borjans fordert einmalige Corona-Soforthilfe in Höhe von 200 Euro für Grundsicherungsempfänger („*Nordkurier*“)

Schrumpel die Möhre: Nationalpopulistischer Wirtschaftseingriff „verbessert“ Gemüsetransportzeit nach Nordirland auf volle acht Tage („The Guardian“)

Wir haben es satt!

Die „Umweltgewerkschaft“ gehört seit Jahren zum Unterstützerkreis der „Wir-haben-es-satt“-Demonstrationen – auch 2021. Die „Umweltgewerkschaft“ erklärt sich solidarisch mit dem ganzen Anliegen und unterstützt die allermeisten Forderungen der bäuerlichen „Wir-haben-es-satt“-Protestbewegung!



Die Corona-Pandemie hat wesentliche Ursachen in der grenzenlosen Ausbeutung von Natur und Mensch. Die Zwänge der kapitalistischen Konkurrenz in der Agrarindustrie führen geradezu gesetzmäßig zu zerstörerischer Massentierhaltung, Regenwaldvernichtung für Futtermonokulturen und Weideflächen, Chemikalienverseuchung der Lebensmittel, Artensterben, Landraub, Überausbeutung der Arbeitskraft wie bei Tönnies und millionenfacher Ruinierung kleinbäuerlicher Existenzen weltweit. Vermehrte Zoonosen und eine zunehmende Überforderung des menschlichen Immunsystems sind die Folge.

Die Corona-Pandemie ist deshalb keineswegs eine zufällige Ausnahmeerscheinung, sondern Ausdruck einer globalen Umweltkrise. Sie hat ihre „Vorläufer“ in neu aufgetretenen Krankheitsbildern und Erregern wie AIDS/HIV, Rinderwahn/BSE, Ebola und in immer mehr MRSA-Superkeimen, die gegen alle Antibiotika und Virostatika resistent sind. Zusammengenommen und in Wechselwirkung mit anderen Faktoren der globalen Umweltkrise zeigt Corona, dass die lebenserhaltende Einheit von Mensch und Natur akut bedroht ist.

Die Corona-Pandemie ist deshalb keineswegs eine zufällige Ausnahmeerscheinung, sondern Ausdruck einer globalen Umweltkrise. Sie hat ihre „Vorläufer“ in neu aufgetretenen Krankheitsbildern und Erregern wie AIDS/HIV, Rinderwahn/BSE, Ebola und in immer mehr MRSA-Superkeimen, die gegen alle Antibiotika und Virostatika resistent sind. Zusammengenommen und in Wechselwirkung mit anderen Faktoren der globalen Umweltkrise zeigt Corona, dass die lebenserhaltende Einheit von Mensch und Natur akut bedroht ist.

Die „Umweltgewerkschaft“ sieht sich durch die Corona-Pandemie wie auch durch die herrschende Agrarpolitik der Regierung in ihrem Grundsatzprogramm bestätigt. Darin heißt es: „Die ganze Art und Weise zu produzieren, zu konsumieren und zu leben ist vom kapitalistischen Profitprinzip geprägt. Wir wollen die Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen nicht hinnehmen. Wir brauchen sauberes Wasser, saubere Luft und intakte Böden, gesunde Lebensmittel, umwelt- und gesundheitsschonende Arbeitsplätze, ein für die Menschheit lebensfreundliches Weltklima, den Schutz und die Regeneration der Artenvielfalt sowie der Ozonschicht und der Ökosysteme der Erde, den nachhaltigen Umgang mit natürlichen Ressourcen, umweltschonende Anbaumethoden, artgerechte Tierhaltung, Landschaftspflege und Naturschutz.“

Zur Durchsetzung dieser Ziele tritt die „Umweltgewerkschaft“ auf überparteilicher Grundlage für den engen Schulterschluss zwischen Umweltbewegung und

Arbeiterbewegung ein. Sie kämpft für eine gesellschaftliche Alternative, in der die Einheit von Mensch und Natur verwirklicht wird.

Harald Braun („Umweltgewerkschaft“)

Koalition beschließt 150 Euro Hartz-IV-Zuschlag: Pro Monat oder fürs erste Quartal? Oder nur als Ausgleich für die erhöhte Mehrwertsteuer? („*Spiegel*“)

Corona macht Skorbut: Covid-19-Mortalität bei Schwerstkranken sinkt nach Vitamin-C-Infusionen um zwei Drittel („*Research Square*“)

Showdown mit Schamanen: Trump will sich gegen nachträgliche Amtsenthebung nicht mit Verfassungsbedenken verteidigen,

sondern mit seiner Wahlsieglüge („*Daily Beast*“)

Willkommen bei den neidischen Konkurrenten vom Jobmarkt: Arbeitslose Niedriglöhner befürworten Strafen für arbeitslose Niedriglöhner („*Spiegel*“)

Die nächste **Bremer Montagsdemo** beginnt am **1. März 2021** wieder um **17:30 Uhr** auf dem **Marktplatz**. Der Antrag ist gestellt und wird erst kurz vorher betätigt. Noch gilt der Lockdown mit allen seine Einschränkungen für uns und die Menschen. Es sind deshalb auch weiterhin keine Schilder erlaubt und die Hygiene-Regeln zu beachten. Aber wir fordern weiter konsequentere Maßnahmen gegen die Pandemie und wenden uns entschieden gegen die Corona-Leugner, Verschwörungstheoretiker und Faschisten. Also seid am 1. März um 17.30 Uhr dabei!

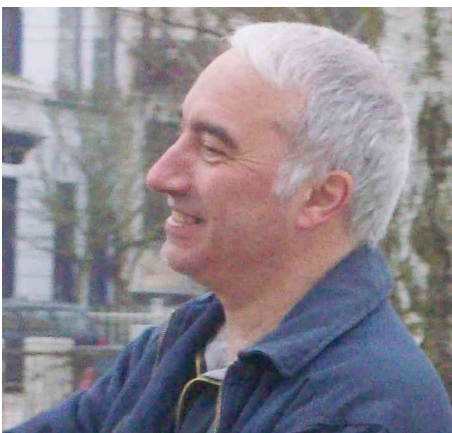
10 Jahre Fukushima – nie wieder! „Ausgestrahlt“, „Aufstehen Bremen“, DFG-VK und „Umweltgewerkschaft“ rufen auf zum Gedenken der Opfer der Atomkatastrophe von Fukushima am **Donnerstag**, dem **11. März 2021**. Sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke weltweit! Ab **17 Uhr** Enthüllung des Plakates „Nie wieder“ Ecke Gastfeldstraße/Meyerstraße, danach ab **18 Uhr Mahnwache** und **Kundgebung mit Offenem Mikrofon**, alles unter Einhaltung der Corona-Auflagen.

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

722. Bremer Montagsdemo

am 01. 03. 2021

„Die Kohlendioxid-Emissionen im Lebenszyklus von Kernenergie sind sehr hoch“



Zehn Jahre Fukushima mahnen: Alle Atomkraftwerke sofort stilllegen! Am 11. März 2011 schmolzen in Fukushima dreifach die Atomreaktoren. Es kam zu einem radioaktiven Fallout, vergleichbar mit 168 Hiroshima-Bomben. Bis heute sind die havarierten Reaktoren eine Gefahr für Umwelt und Gesundheit, täglich tritt weitere Radioaktivität aus! Trotzdem setzt die japanische Regierung weiter auf Atomenergie.

Olympia soll eine heile Welt ohne Strahlengefahr vortäuschen. In den nächsten Wochen sollen Fackelläuferinnen und -läufer die Olympische Flamme durch die Sperrzone von Fukushima tragen. Nach den Sportwettkämpfen sollen dann über eine Million Tonnen radioaktives Kühlwasser im Pazifik verklappt werden. Die japanische Regierung täuscht eine Normalität vor, die für die betroffene Bevölkerung nicht existiert. Wir fordern Solidarität mit der Bevölkerung statt politischen Missbrauch der Olympischen Spiele!

Mitverantwortlich für die Atomkatastrophe sind die deutsche Bundesregierung und die Atomkonzerne. Die Brennstäbe, die im Super-GAU von Fukushima schmolzen, wurden im niedersächsischen Lingen hergestellt. Die Produktion dort geht munter weiter. Ende 2022 soll in Deutschland der letzte Atomreaktor vom Netz gehen. Je näher der Ausstieg rückt, desto lauter preist die Atomlobby Atomenergie als vermeintliche Klimaretterin an. Mit der Behauptung von Kohlendioxid-Neutralität soll der endgültige Atomausstieg 2022 gekippt werden.

Das Umweltbundesamt stellt klar: „Atomstrom ist keineswegs Kohlendioxid-neutral. Die Treibhausgasemissionen sind größtenteils der Stromproduktion vor- und nachgelagert. Betrachtet man den gesamten Lebensweg – von Uranabbau, Brennelementherstellung, Kraftwerksbau und -rückbau bis zur Endlagerung –, so ist in den einzelnen Stufen des Zyklus zum Teil ein hoher Energieaufwand nötig, wobei Treibhausgase emittiert werden. Bei Stromerzeugung aus Kernenergie fal-

len Emissionen auch im Betrieb an, da Uran abgebaut, angereichert und für sehr lange Zeit endgelagert werden muss. Aus diesen Gründen sind die Kohlendioxid-Emissionen im Lebenszyklus von Kernenergie sehr hoch.“

Außerdem wächst der Atommüll gigantisch. Nirgendwo auf der Welt gibt es ein sicheres Endlager. Von jeder Reaktor-Generation wurde behauptet: „Wir haben alles im Griff“. Wir kennen die Realität: Fukushima, Tschernobyl, Harrisburg und Tausende ungezählte „kleine Sörfälle“. Atomenergie gefährdet unsere Gesundheit und die nachfolgender Generationen. Jeder in die Atomenergie investierte Cent fehlt beim Ausbau der erneuerbaren Energien und behindert die Rettung unseres Planeten.

Ein Blick nach Fukushima reicht, um uns die Folgen einer Atomkatastrophe ins Gedächtnis zu rufen, denn auch aus diesem bereits havarierten Kernkraftwerk reißen aktuelle Schreckensmeldungen nicht ab. Dort wurden mit 650 Sievert pro Stunde die höchsten Strahlenwerte seit der Katastrophe gemessen, ein Wert, der einen Menschen in Sekunden töten würde. Selbst die Technik machte schlapp: Die Kamera des Messroboters schaffte es gerade zwei Stunden, bevor sie versagte.

Unzählige Opfer haben die bisherigen Reaktorunfälle bereits gekostet. Natur und Mensch sind gleichermaßen betroffen, riesige Regionen sind verstrahlt. In Fukushima ergießt sich immer noch verstrahltes Kühlwasser ins Meer und verteilt sich in allen Weltmeeren. Auch die „natürliche“ Hintergrundstrahlung steigt mit jedem Reaktorunfall weltweit an: Viele Studien weisen bereits einen Zusammenhang mit zunehmenden Krebserkrankungen in Regionen mit erhöhter Hintergrundstrahlung nach.

Die Atomkonzerne wurden erneut von der Bundesregierung beschenkt: Sie bezahlen nur 23 Milliarden Euro in einen Entsorgungsfonds und sind alle Kosten für die ewige Lagerung des strahlenden Mülls los. Durch die Abschaffung der Brennelemente- Steuer bekommen die Konzerne 18 Milliarden Euro geschenkt. Die Atomkonzerne sind „aus dem Schneider“, und bezahlen sollen wir!

Die atomare Bedrohung ist und bleibt für uns allgegenwärtig. Deshalb fordert die „Umweltgewerkschaft“ ein sofortiges Abschalten aller Atomanlagen weltweit auf Kosten der Betreiber. Nur ein abgeschaltetes Atomkraftwerk ist sicher! Atomkraft und Kohlekraft gehören weltweit abgeschafft! Weg mit Kohle und Atom, erneuerbar ist unser Strom! Kommt zu unserem Gedenken und Protest am 11. März 2021!

Harald Braun („Umweltgewerkschaft“)

10 Jahre Fukushima – nie wieder! „Ausgestrahlt“, „Aufstehen Bremen“, DFG-VK und „Umweltgewerkschaft“ rufen auf zum Gedenken der Opfer der Atomkatastrophe von Fukushima am **Donnerstag, dem 11. März 2021**. Sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke weltweit! Ab **17 Uhr** Präsentation der Plakatwand „Nie wieder“ Ecke Gastfeldstraße/Meyerstraße, danach

ab 18 Uhr Mahnwache und Kundgebung mit Offenem Mikrofon auf dem Bremer Marktplatz, alles unter Einhaltung der Corona-Auflagen.

Jedes Jahr größer: Zur kämpferischen Demonstration am Weltfrauentag kommen in Bremen 1.000 Menschen („Rote Fahne News“)

Kein Patentschutz auf Impfstoffe!



Seit diesem Montag sind wieder Friseure und Schulen geöffnet. Die Präsenzpflicht wurde wieder eingeführt, an den Grundschulen sogar in voller Klassenstärke. Das ist angesichts steigender Infektionszahlen heller Wahnsinn! In Bremerhaven beträgt die Inzidenz sogar über 200. Vor allem Betriebe wie Frosta, Deutsche See und Altenheime sind betroffen.

Ein harter, konsequenter Lockdown für zwei bis drei Wochen – ohne Rücksicht auf Profitinteressen – ist notwendig, um das Infektionsgeschehen in den Griff zu bekommen. Industriebetriebe, Logistikcenter, Schulen: Alles, was nicht zur unmittelbaren Versorgung mit Lebensmitteln oder Medikamenten dient, zwei bis drei Wochen dichtmachen – dann bekommt man die Pandemie in den Griff, kann jede Infektion nachverfolgen!

Merkels „Auf-Sicht-Fahren“ ist das Gegenteil: Statt wissenschaftlichen Erkenntnissen zu folgen, wird den wirtschaftlichen Interessen gefolgt und erst reagiert, wenn's schief geht. Wie die Monopole alles bestimmen, zeigt sich gut auch bei Daimler: trotz Pandemie 6,6 Milliarden Euro Gewinn im Jahr 2020 – und Daimler-Chef Källenius brüstet sich sogar, durch Kurzarbeit 700 Millionen eingespart zu haben.

Im ersten Lockdown machte Daimler ein paar Wochen zu, aber nicht wegen der Pandemie, sondern weil der Konzern durch Dieselabgasbetrug und Weltwirtschaftskrise sowieso große Absatzprobleme hatte. Deshalb muss Daimler das Kurzarbeitergeld zurückzahlen und allen Arbeitern für entfallene Schichten den vollen Lohn bezahlen!

Nach wie vor treiben „Querdenker“ und andere Corona-Leugner zusammen mit Faschisten ihr übles Spiel. Als „Kampf für Freiheit“ bezeichnen sie ihre Weigerung, Masken zu tragen und sich impfen zu lassen. Das ist aber nichts anderes als der Gipfel von Verantwortungs- und Rücksichtslosigkeit, nach dem Motto: „Was geht mich der Gesundheitsschutz der anderen an?“

Sie versuchen, Leute für sich zu gewinnen, als angebliche „Rebellen gegen die Obrigkeit“. Es ist aber schlicht und einfach nur erzreaktionär, die moderne

Wissenschaft zur Überwindung einer gefährlichen Pandemie auszuschlagen. Nur durch Impfung und Hygiene konnten gefährliche Seuchen wie Cholera und Kinderlähmung weitgehend überwunden werden.

Freiheit ist ein großes Wort. Aber Freiheit ist eben nicht gleich Freiheit: Es gibt die individuelle, egoistische Freiheit, andere auszubeuten, auf Kosten anderer zu leben, die Bedürfnisse der Mitmenschen mit Füßen zu treten – und es gibt die Freiheit der Einsicht in die Notwendigkeit, wie sie Marx definierte: „Freiheit des Willens heißt ... nichts anderes als die Fähigkeit, mit Sachkenntnis entscheiden zu können“. Die große Mehrheit der Bevölkerung, da bin ich mir sicher, ist bereit, sich an Regeln zu halten, die der Gemeinschaft dienen.

Millionen setzen sich selbstlos für andere Menschen ein – für Nachbarn, Freunde, Angehörige, Flüchtlinge. Impfungen im Massenumfang und weltweit sind notwendig, auf Kosten der Profite! Sie sind eine Errungenschaft der Menschheitsentwicklung, auf die alle Menschen ein Recht haben. Stattdessen wird im Kapitalismus daraus Profit geschlagen. Weg mit dem Patentschutz auf Impfstoffe! Für den Sozialismus, in dem allen Menschen die Errungenschaften zugute kommen und nicht ein paar wenigen Reichen!

Wolfgang Lange (MLPD)

Apotheker per Maskendeal subventioniert: Aber die Ärmsten warten 15 Monate nach Pandemiebeginn immer noch auf Hilfgelder („*Tagesschau*“)

Drängelt euch: Welchen Einfluss hat wohl die Verkürzung der Öffnungszeiten im Lebensmittelhandel auf das Infektionsgeschehen? („*Spiegel*“)

Chapeau: Merkel gibt Fehler zu – *einen* („*Spiegel*“)

Rassismus im Jobcenter: Interne Dienstanweisung unterstellt „bandenmäßigen Leistungsmissbrauch“ durch EU-Bürger („*Heise*“)

Einschüchterung: Wer in Bremen eine Demonstration veranstaltet, wird zur „Gefährdungsbewertung“ dem „Verfassungsschutz“ gemeldet („*Tageszeitung*“)

„Grammatisch nicht korrekt“: Der Genderstern leistet nicht mehr und nicht weniger, als jeglichen Inhalt dem Identitäts- und Generationskonflikt unterzuordnen („*Spiegel*“)

Erektion im Suezkanal: Egal wie tief man baggert, das nächste Dickschiff bleibt stecken („*Spiegel*“)

Ehrgeiz zur Problemlösung: Joe Biden sieht sich in einer Reihe mit den großen US-Präsidenten („*Politico*“)

Die Ampel steht auf Grün: „Es ist möglich, in Deutschland zu regieren, ohne dass CDU und CSU daran beteiligt sind“ („*Spiegel*“)

Grüne verkohlen Wähler*innen: Kretschmann regiert weiter so mit der CDU („*Tageszeitung*“)

Die nächste **Bremer Montagsdemo** verschiebt sich wegen des Osterfestes um eine Woche und beginnt am **12. April 2021** wieder um **17:30 Uhr** auf dem **Marktplatz**.

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

723. Bremer Montagsdemo

am 12. 04. 2021

Aufruf zur Kundgebung am 1. Mai 2021 um 11 Uhr auf der Bürgerweide, mit Abstand und Masken. Eine Demonstration gibt es nicht, aber der DGB ruft alle Teilnehmenden auf, auf dem Weg zur Kundgebung schon den 1. Mai in der Stadt sichtbar zu machen und ihre Gewerkschaftsschals, Fahnen und selbst gestaltete Plakate mitzubringen – was eben jeder selber tragen kann. Zur Begrüßung spricht Annette Düring, DGB-Vorsitzende Bremen. Die Mai-Rede hält Marlis Tepe, GEW-Bundesvorsitzende.

Die nächste **Bremer Montagsdemo** beginnt am **3. Mai 2021** wieder um **17:30 Uhr** auf dem **Marktplatz**. Die bekannten Pflichten zum Tragen von Mund- und Nasenschutz, die Abstandsregeln und das Achten auf Einhaltung der Hygiene-Regeln sind einzuhalten. Wir können unsere Kritiken und Forderungen auch unter den Hygiene-Bedingungen zum Ausdruck bringen. Nehmt zahlreich teil!

Auf der Hut sein vor Coronaleugnern!



Die Armut in Deutschland steigt. Inzwischen lebt jede(r) Sechste unter der Armutsgrenze, in Bremen sogar jede(r) Vierte. Und wer arm ist, ist besonders auch von Corona betroffen! Ein Gutachten der Uni Düsseldorf kommt zum Ergebnis: Hartz-IV-Empfänger haben ein 94 Prozent höheres Risiko einer schweren Corona-Infektion und eine 50 bis 60 Prozent höhere Sterberate!

Ursachen sind demnach die Umweltbelastung durch die Wohnsituation, die höhere psychische Belastung durch Arbeitslosigkeit und die armutsbedingt schlechtere Ernährung. Frische Lebensmittel sind extrem teurer geworden, Gemüse und Obst um 60 bis 70 Prozent!

Selbst mit Wohngeld und anderen Leistungen können die Kosten für Strom und Heizung sowie für Schutzmaßnahmen gegen Krankheit nicht aufgebracht werden. Zwei Millionen konnten diesen Winter nicht richtig heizen, weil sie das Geld dafür nicht hatten! Das Jobcenter bezahlt nur „angemessene Heizkosten“, und das reicht oft eben nicht.

Die ausgeschütteten Corona-Hilfen kommen vor allem den großen Monopolen zugute. Sicher, ein bisschen bekommen auch Künstler, Kleingewerbetreibende oder Gastwirte, aber den Löwenanteil bekommen die Großen, zum Beispiel durch Verlustvortrag und Kurzarbeitergeld. Daimler kassierte in der Pandemie bereits 700 Millionen an Kurzarbeitergeld, steigerte im gleichen Zeitraum seinen Gewinn um 50 Prozent auf 6,5 Milliarden und bediente die Aktionäre mit 1,4 Milliarden Euro „Dividende“!

Und dann gibt es noch die ganz speziellen Profiteure der Pandemie: Die CDU- und CSU-Abgeordneten Nüßlein, Löbel, Hauptmann, Korte und Sauter kassierten Millionen an Schmiergeld im Zusammenhang mit der Maskenbeschaffung. Und das ist nur die Spitze des Eisbergs.

Aber was vielleicht das allerschlimmste ist: Inzwischen sind in Deutschland 78.000 Menschen an Corona gestorben. Die dritte Welle ist in vollem Gang, weil die Coronapolitik der Bundesregierung vollständig an den Interessen der Großindustrie orientiert ist.

Statt eines harten Lockdowns, der auch alle nicht lebensnotwendigen Betriebe umfasst, findet ein Eiertanz ohne Gleichen statt. Noch nicht mal die zwei Tage „Osterruhe“ fanden statt: Merkel musste gleich vor den Konzernbossen zu Kriechen kriechen und alles zurücknehmen. Alles ist bis zum Letzten dem Profit untergeordnet, kostete es auch Zehntausende an Toten.

Alle Corona-Maßnahmen richten sich gegen die privaten sozialen Kontakte der Menschen, anstatt dort anzusetzen, wo das Infektionsgeschehen am größten ist: in der Großindustrie. Große Ausbrüche gab es in den letzten Wochen nicht nur in der Fleischindustrie, sondern auch bei Airbus in Hamburg, der Lürssen-Werft in Bremen, bei Frosta und der Deutschen See in Bremerhaven, bei Rügenfisch, der Meyer-Werft und anderen, wo die Arbeiterinnen und Arbeiter dicht bei dicht arbeiten müssen.

Stoppen wir die dritte Welle! Testen allein reicht nicht, und das Impfen geht zu langsam! Wenn die Regierung es nicht hinkriegt, dann müssen die Arbeiter sich überlegen, wie sie einen konsequenten befristeten Lockdown schaffen: Streik für unsere Gesundheit und unser Leben!

Es wird nicht nur auf diesen notwendigen harten Lockdown verzichtet, der die Industrie mit einbezieht, sondern man lässt auch die von Faschisten durchsetzen und gesteuerten „Querdenker“-Demonstrationen nach wie vor gewähren, so in Kassel und jetzt in Stuttgart mit 15.000 Teilnehmenden. Und was macht die Polizei? Trotz Verstoßes gegen sämtliche Auflagen (keine Demo durch die Stadt; Abstandhalten; Maskenpflicht) wird nicht eingeschritten. Kann man sich das bei

einer linken Demo vorstellen? Da wird doch sofort der Wasserwerfer eingesetzt, da fliegen die Knüppel!

Warum werden diese Demos überhaupt erlaubt? Sie sind ein richtiger Hotspot für die Verbreitung des tödlichen Virus. Inzwischen hat die Querdenkerbewegung der Coronaleugner einen Teil der Friedensbewegung unterwandert und versucht auch unter Linken Fuß zu fassen.

Trostloses Beispiel hier in Bremen ist Rudolph Bauer, früher auch auf Montagsdemos aktiv, der sich nach wie vor „links“ gibt und dabei in bester Verschwörungsmanier die Pandemie leugnet, die Gefahr völlig herunterspielt und den großen Redner auf Querdenkerdemos gibt. Leider sind auch Manfred und Klaus, die bisher bei der Montagsdemo dabei waren, in diesem trüben Fahrwasser.

Das besonders Gefährliche an einer „Querfront“ ist, jegliche Unterschiede zwischen Rechts und Links scheinbar zu verwischen: „Wir sind alle nur noch Opfer der Coronadiktatur von Bill Gates und Konsorten.“ Mit dieser Methode wurde bereits in den 1920er und 1930er Jahren das Wesen des Faschismus verschleiert, was man gut am Begriff „national- sozialistisch“ sehen kann. In Wirklichkeit hatte das mit Sozialismus genauso wenig zu tun wie diese „Querdenker“ mit Unangepasstheit und freiem Denken.

Auch in der Linkspartei in Bremen gibt es „Querfront“-Anhänger. So organisiert Gabriele Schmidt, Mitglied im Beirat Schwachhausen für die Linkspartei, Fahrten zu Coronaleugner-Demos. Ich kann der Linkspartei nur raten, sich von solchen Elementen zu trennen. Keine Toleranz gegenüber faschistischer „Querfront“-Strategie! Wehret den Anfängen!

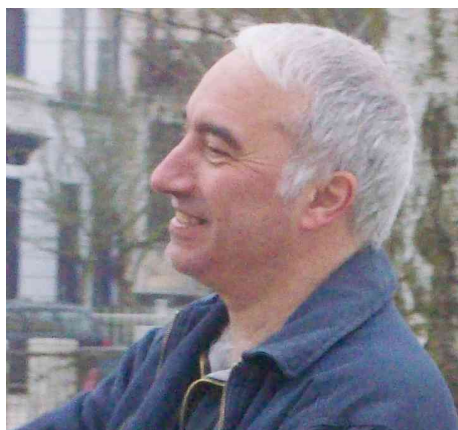
Entsprechend den Regeln, die sich die Montagsdemo gegeben hat, ist das Offene Mikrofon nicht für Faschisten offen, auch nicht wenn sie sich als „Querdenker“ tarnen. Daher werde ich als Moderator sofort einschreiten – beziehungsweise das Mikrofon ausschalten, sollten hier Coronaleugner das Rederecht missbrauchen wollen – und gehe davon aus, dass das alle Teilnehmer hier tun.

Nachtrag: Bei der Montagsdemo am 12. April 2021 kam es zu einem Angriff von Coronaleugnern. Ein Mann, der schon seit Monaten hier pöbelnd, ohne Maske, am Rand der Demo auftaucht und ohne Genehmigung die Teilnehmer der Montagsdemo fotografiert, hetzte offensichtlich einen Betrunkenen auf, der dann – auch ohne Maske und ohne jeglichen Abstand – sich Mitstreitern extrem näherte. So nah ohne Mundschutz und dabei grölend erfüllt das schon den Tatbestand der versuchten schweren Körperverletzung. Nach Aufforderung, den Marktplatz zu verlassen, riss er die Lautsprecheranlage um. Mit vereinten Kräften (zwei junge Männer eilten zu Hilfe) gelang es, ihn zu vertreiben. Die Polizei nahm später den Vorfall auf. Es zeigt sich, wie gefährlich die „Querdenker“-Coronaleugner sind und dass wir auf der Hut sein müssen.

Wolfgang Lange (MLPD)

Querdenken mit Sahra Wagenknecht: Nur Tage vor ihrer Kür zur NRW-Spitzenkandidatin für den Bundestag wird ihr sensationelles neues Buch geleakt („Tageszeitung“)

Konsequenter Lockdown für drei Wochen!



Wie lange soll das noch so weitergehen? Die Infektionszahlen steigen seit Wochen durch die neuen Mutationen, aber der Wischiwaschi-Lockdown kann die Ausbreitung der Pandemie nicht brechen. Auf Druck der Industrie wurde die geplante fünftägige Schließung der Betriebe über Ostern von Merkel sofort wieder zurückgenommen.

Großkonzerne sollen weiter produzieren und Profite scheffeln können: Dieses Credo diktiert alle Maßnahmen der Regierung. Deshalb wird in den Betrieben kaum getestet, wird der Gesundheitsschutz oft missachtet und der Ausbruch von Corona-Erkrankungen vertuscht. Schulen und Kitas werden in voller Stärke und ohne flächendeckende und kindgerechte Schnelltest geöffnet, damit die Industrieproduktion ungehindert weiterlaufen kann. Dabei ist die Inzidenz bei Kindern zwischen sechs und zehn Jahren mit 250 besonders hoch.

Erstmals hat das Robert-Koch-Institut Mitte März bekannt gegeben, dass die Corona-Sterbefälle in besonders von Armut betroffenen Städten um 50 bis 70 Prozent höher liegen. Das ist Ergebnis von beengten Wohnverhältnissen, Arbeit im Niedriglohnsektor und Aufrechterhaltung der Industrieproduktion. Menschen mit geringerem Einkommen können sich zudem weniger Gesundheitsschutz leisten. Das Krisenmanagement von Regierung und Monopolen geht sprichwörtlich über Leichen!

Die bundesweiten Montagsdemos fordern deshalb gemeinsam: Werksferien für alle nicht elementar lebensnotwendigen Betriebe und Dienstleistungen! Volle Entgeltfortzahlung für die Beschäftigten auf Kosten der Profite der Konzerne! Erhöhung der finanziellen Unterstützung für Kleinbetriebe und Selbständige! Schließung der Schulen und Kitas (bis auf Notbetrieb) und Organisation von kleinen Lerngruppen für die Zeit nach dem Lockdown! Schaffung von neuen Stellen für Lehrpersonal und Ausrüstung der Klassenräume mit Luftfilteranlagen! Verpflichtende regelmäßige kostenlose Schnelltests in allen Unternehmen! Ausweitung der Impfkapazitäten! Aufhebung des Patentrechts für die Impfstoffe! Sofortige monatliche Aufstockung der Hartz-IV-Sätze um mindestens 100 Euro und Nachzahlung seit Beginn der Pandemie im März 2020!

Milliarden Steuergelder gehen an Großkonzerne wie die Lufthansa und viele andere. Daimler hat 700 Millionen Kurzarbeitergeld kassiert, seinen Gewinn 2020 auf vier Milliarden Euro erhöht und seine Großaktionäre fürstlich belohnt. Die dreiste Bereicherung aus Masken-Geschäften durch CDU-Abgeordnete ist nur die Spitze des Eisbergs. Schluss mit Subventionen für Konzerne!

Vorgestern hat hier die erste Kundgebung des neuen Bremer Bündnisses „Zero Covid“ stattgefunden. Im Mittelpunkt stand die Forderung nach einer dreiwöchigen „Corona-Pause“ bei voller Bezahlung der Beschäftigten. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung sieht das genauso und wünscht sich einen harten Lockdown, damit endlich sinnvolle Lockerungen im sozialen Leben möglich werden. Die Kritik an halbherzigen Maßnahmen und leeren Versprechungen wie beim Impfen und Testen wird immer lauter.

Das jetzt mit großem Getöse angekündigte „bundeseinheitliche Vorgehen“ ist nichts anderes als ein Weiter-so im Krisenchaos. Einschneidende Maßnahmen erst ab Inzidenzwerten von 100 beziehungsweise 200 kommen viel zu spät. Intensivmediziner schlagen Alarm: Die Lage in den Kliniken sei „zutiefst besorgniserregend“, sagte Gernot Marx, Präsident der „Deutschen Vereinigung für Intensiv- und Notfallmedizin“.

Mit der angekündigten Änderung des Infektionsschutzgesetzes wird auch der weitere Abbau demokratischer Rechte und Freiheiten vorangetrieben. Wir brauchen keine Verschärfung des Infektionsschutzgesetzes, sondern einen zeitlich befristeten konsequenten Lockdown, flächendeckende Impfungen und regelmäßige, kostenlose Testungen! Gesundheit geht vor Profit – dafür müssen wir gemeinsam kämpfen!

Harald Braun („Umweltgewerkschaft“)

Das Flugblatt (Die wähl ich)

Ja, ich seh grad wieder dieses Flugblatt hier
Das ist ja ein Flugblatt für den rhythmischen
Begeisterungsmitsgang, und ich bin vielleicht
Selbst noch ein wenig überrascht von mir
Aber die wähl ich, doch, die wähl ich, die wähl ich

Die wähl ich, sie hat zwei süße kleine Kinder
Und sie will, dass deren Zukunft nicht verglüht
Ich denke mal, sie denkt auch an die Armen
Dass niemand mehr in den Containern wühlt
Und ich weiß auch schon, die wähl ich, ja, die wähl ich

Sicher kann sie auch auf Englisch Cobalt sagen
Und ihre Vita ist doch völlig makellos
Na, dann hat sie eben keine Führerfahrung
Wir werden schauen, was sie da vollführt
Denn die wähl ich, ja, die wähl ich, ja, die wähl ich

Doch, ich helf ihr sogar mit beim Putzen
Schmeiß die Mappen und die Faxgeräte raus
Die wähl ich, denn die kann auch Salto rückwärts
Wenn es sein muss, wird die Haltung korrigiert
Und die wähl ich, ja, jawohl, jawohl, die wähl ich

Ohne Stillstand schließt sie mit allen Kompromisse
Der große Umsturz, der bleibt draußen vor der Tür
Wir werden schaun, wie weit sie damit durchkommt
Aber meine Stimme geb ich einmal ihr
Die wähl ich, ja, ja, ja, die wähl ich

Gerolf D. Brettschneider

„Man kann doch auch den Hof fegen“: „Nicht immer alles
auf die Grundsicherung schieben!“ („*Spiegel*“)

Kungelei im Hinterzimmer: Zu der CDU-Vorstandssitzung,
die Armin Laschet zum Kanzlerkandidaten bestimmt hat,
wurde nicht satzungsgemäß eingeladen („*Spiegel*“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

724. Bremer Montagsdemo

am 03. 05. 2021

Harter Lockdown ist notwendig, um mit der Pandemie fertig zu werden



Trotz Corona und Verboten waren am Samstag Millionen Menschen weltweit am 1. Mai auf der Straße. Auf zahlreichen Demonstrationen, auch hier in Bremen, wurden auch wirksame Maßnahmen gegen die Pandemie gefordert, ohne Rücksicht auf die Profitinteressen der Monopole. Es zeigt sich immer deutlicher: Überall, wo faschistische Regierungen an der Macht sind, wie Modi in Indien oder Bolsonaro in Brasilien, ist die Pandemie am schlimmsten.

In Indien gibt es zurzeit täglich bis zu 400.000 Neuinfizierte, teilweise sogar noch mehr. Die Menschen sterben „wie die Fliegen“, das Gesundheitswesen kollabiert – und alles, weil Modi im Auftrag und Interesse der indischen Großindustrie keine Einschränkungen der Produktion zulassen wollte. Wobei das nicht für ganz Indien gilt: In einzelnen Bundesländern haben sich die Menschen einen echten Lockdown erkämpft!

Auch die Faschisten in Deutschland stellen sich an die Spitze der Coronaleugner und „Querdenker“, weil sie gegen jede Einschränkung der „kapitalistischen Freiheit“ sind. Tatsächlich ist der Faschismus ja die extremste Form des Kapitalismus.

Auch die unsägliche Aktion „Alles dichtmachen“, an der zahlreiche Schauspieler teilnahmen, war von faschistischen Coronaleugnern inszeniert. Die Schauspieler ließen sich vor deren Karren spannen. Die meisten von ihnen sind absolut keine Faschisten und auch keine Coronaleugner, allerdings hätten sie vielleicht ihren Kopf ein bisschen besser gebrauchen sollen. Etliche waren von der Reaktion erschrocken und haben sich jetzt von der Aktion distanziert und sich entschuldigt.

Drahtzieher waren unter anderem Regisseur Dietrich Brüggemann mit seinem ekelhaften Song „Steckt euch eure Maskenpflicht in den Arsch, steckt euch eure Abstandsregeln in den Arsch“ sowie der „Arzt“ Paul Brandenburg aus Berlin. Es sind zum Teil sogenannte Altlinke, die unter dem Deckmantel „Ruf nach Frei-

heit“ direkt ins Lager der finstersten Reaktion marschieren, wie hier in Bremen Professor Rudolph Bauer.

Kein Wunder, dass die Aktion von der AfD und von Hans-Georg Maaßen ausdrücklich gelobt wurden, dem CDU-Rechtsaußen, der früher als „Verfassungsschutzpräsident“ enge Freundschaft zur AfD pflegte und inzwischen zum CDU-Direktkandidaten in Thüringen gewählt wurde.

Nach wie vor ist ein harter Lockdown notwendig, um mit der Pandemie fertig zu werden. Dass Daimler momentan steht, ist genau richtig – allerdings machen die das, weil ihnen Teile (Mikrochips) fehlen. Am Sonntag gab es einen großen Ausbruch in einem Spargelbetrieb bei Diepholz mit 87 infizierten Erntehelfern, die in beengten Verhältnissen arbeiten und leben.

Eine Million Arbeitsplätze wurden in Deutschland im letzten Jahr vernichtet – nicht nur wegen Corona, sondern auch wegen der Wirtschafts- und Finanzkrise. Bei Airbus wurden 5.000 Arbeitsplätze abgebaut, allein in Deutschland, und durch eine völlige Umstrukturierung des Konzerns sollen weitere Tausende entfallen. Da wird die Coronakrise genutzt, um in ihrem Windschatten Fakten zu schaffen. Aber da werden die Kollegen noch ein Wörtchen mitreden!

Völlig abartig ist in dieser Situation die Forderung der Wirtschaftsverbände, den Renteneintritt auf 69 anzuheben! Die meisten erleben das ja gar nicht mehr, weil sie vorher kaputtgearbeitet sind! Im Gegenteil, das Renteneintrittsalter muss dringend gesenkt werden: Für Männer auf 60 und für Frauen und Schichtarbeiter auf 55 Jahre, bei vollem Rentenausgleich! Das fordern die MLPD und viele andere mit ihr.

Wir brauchen dringend die Einführung der 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich! Die Kosten der Lebens- und Wochenarbeitszeitverkürzung sind längst erarbeitet, aber das stecken sich die Aktionäre ein.

Wer sich hier durchsetzt oder nicht, wenn es um die Erhöhung der Arbeitszeit und steigende Massenarbeitslosigkeit geht oder um eine Senkung der Arbeitszeit und Schaffung von Millionen neuer Arbeitsplätze, darüber entscheidet vor allem die Kampfkraft in den Betrieben und auch auf den Straßen – genauso wie darüber, ob es gelingt, die unsozialen Hartz-Gesetze zu Fall zu bringen und die Grundsicherung so weit anzuheben, dass davon gelebt und nicht nur vegetiert werden kann!

Wolfgang Lange (MLPD)

Wir verheizen die Freiheit der Jüngeren: „Fridays for Future“
siegt vor dem Bundesverfassungsgericht („*Spiegel*“)

Fünf Euro am Tag reichen nicht: Wer am Essen sparen muss,
wird krank („*Frankfurter Rundschau*“)

Umwelt- und Gesundheitsschutz ja! Abbau demokratischer Rechte nein!

Statt konsequentem Gesundheitsschutz und Sofortmaßnahmen zur Eindämmung der dritten Welle der Corona-Pandemie gewährt die Bundesregierung den Großkonzernen freie Fahrt. Die Masse der Bevölkerung, die Kulturschaffenden und Kleingewerbetreibenden müssen immer unsinnigere Maßnahmen wie die nächtliche Ausgangssperre hinnehmen. Das Virus geht nicht nachts spazieren, sondern tagsüber arbeiten!



Wir als „Umweltgewerkschaft“ unterstützen die Forderung nach drastischen Maßnahmen zur Senkung der Ansteckungen auf möglichst Null, um diese dann mit einer Kontrollstrategie stabil zu halten und lokale Ausbrüche sofort energisch eindämmen zu können.

Wir kritisieren die Politik der Regierung und der Parteien von FDP bis AfD auf das Schärfste, die auf Druck des Finanzkapitals die Großkonzerne aus konsequenten Maßnahmen heraushalten. Regierung und Konzerne leugnen systematisch, dass Arbeitsstätten und Fahrten in Bus und Bahn dorthin Treiber der Pandemie sind, genauso Kindergärten und Schulen.

Penetrant haben sich die Konzerne geweigert, regelmäßige Testungen der Beschäftigten durchführen. Erst auf Druck der Öffentlichkeit mussten sie jetzt Kompromisse eingehen. Tests müssen massenhaft, kostenlos und unbürokratisch überall zur Verfügung stehen!

Die „Umweltgewerkschaft“ unterstützt die Bewegung „Zero Covid“ für einen konsequenten Lockdown von zwei bis drei Wochen unter Einbeziehung der Konzernbetriebe, soweit sie nicht lebensnotwendige Aufgaben erfüllen. Wie alle wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Forderungen müssen diese gegen die Konzerne und auf Kosten ihrer Profite durchgekämpft werden. Unser Interesse ist es, dass die Pandemie möglichst schnell beendet wird, da diese auch unsere Arbeit zur Rettung der Umwelt vor dem Kollaps erheblich beeinträchtigt.

Die Verharmlosung der Covid-19-Infektion, die Ablehnung von Gesundheitsschutz und von Impfungen durch ständige Falschmeldungen und die Zusammenarbeit mit Faschisten in der sogenannten „Querfront- Bewegung“, das hat keinen Platz in der Umweltbewegung, in der Montagsdemo und anderen fortschrittlichen Bewegungen! Wir fordern: Umwelt- und Gesundheitsschutz ja! Abbau demokratischer Rechte nein!

Merkel, Spahn und Wieler (RKI) sagen: „Die Impfkampagne läuft, im Sommer ist das meiste überstanden“. Erst die viel zu späte Bestellung von Impfstoff, um

auf die billigste Variante zu warten, und jetzt wieder mal Schönwetter-Parolen verbreiten!

Tatsache ist: Erstens gibt es immer noch zu wenig Impfstoff, und je länger sich das Impfen hinzieht, umso mehr stellen neue und gefährlichere Virus-Mutationen den Impferfolg in Frage.

Zweitens ist Deutschland keine Insel. Solange das Virus in der Welt verbreitet bleibt, wird es wiederkehren. Deshalb unterstützen wir die Forderung nach Aussetzung des Patentrechts der Pharmakonzerne. Impfungen sind eine Errungenschaft der Menschheit. Es ist das Recht aller Menschen weltweit, rasch und kostenlos geimpft zu werden.

Drittens wird die Zerstörung der Lebensräume neue Pandemien hervorrufen. Massenhafte Impfungen können zur Bewältigung von Corona beitragen. Ein Erfolg zur Niederhaltung neuer Pandemien ist aber nur möglich, wenn alle Umwelt- und sozialen Faktoren beseitigt werden, die Covid-19 zu einer menscheitsgefährdenden Pandemie gemacht haben.

Außer für Sofortmaßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie tritt deshalb die „Umweltgewerkschaft“ für eine menschenwürdige, gerechte Gesellschaft ohne Ausbeutung von Mensch und Natur ein. Für dieses lohnenswerte Ziel brauchen wir noch viele Mitstreitende. Wir freuen uns auf eure Mitgliedschaft!

Wir möchten euch einladen zur **Filmveranstaltung „Expedition Arktis. Ein Schiff, ein Jahr im Eis“** am **30. Mai 2021** um **15 Uhr** im Großen Saal des Gemeindezentrums **Zion**, Kornstraße 31. Für Gesundheitsschutz wird selbstverständlich gesorgt.

Harald Braun („Umweltgewerkschaft“)

Die nächste **Bremer Montagsdemo** beginnt am **7. Juni 2021** wieder um **17:30 Uhr** auf dem **Marktplatz**. Die bekannten Pflichten zum Tragen von Mund- und Nasenschutz, die Abstandsregeln und das Achten auf Einhaltung der Hygiene-Regeln sind einzuhalten. Wir können unsere Kritiken und Forderungen auch unter den Hygiene-Bedingungen zum Ausdruck bringen. Nehmt zahlreich teil!

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

725. Bremer Montagsdemo am 07. 06. 2021

Dieser Krankheitsminister muss zurücktreten!



Bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am letzten Sonntag haben die CDU mit 37,1 Prozent die meisten Stimmen (plus 7,3 Punkte), die AfD 20,8 (minus 3,5), „Die Linke“ 11 (minus 5,3), die SPD 8,4 (minus 2,2), die FDP 6,4 (plus 1,5) und die Grünen 5,9 Prozent (plus 0,7 Punkte) bekommen.

Vor der Wahl war in den Medien ein Kopf-an-Kopf-Rennen von CDU und AfD prognostiziert worden, was offensichtlich dazu diente, der CDU Stimmen von Wählern zuzutreiben, die auf jeden Fall verhindern wollten, dass die AfD stärkste Kraft wird.

Der Zugewinn ist also ein Ausdruck antifaschistischen Bewusstseins großer Teile der Bevölkerung – das jetzt als „Rückenwind für Laschet“ zu sehen, geht völlig an den Tatsachen vorbei!

Aber es darf auch nicht übersehen werden, dass nur 60 Prozent der Berechtigten überhaupt zur Wahl gingen, die größte „Partei“ also jene der Nichtwähler ist. 20,8 Prozent für die AfD sind immer noch erschreckend viel, aber eben deutlich weniger als bei der letzten Wahl. Sie verlor fast alle Direktmandate. In Sachsen-Anhalt ist die AfD besonders stark von Faschisten geprägt. Wer also nur „Protest“ wählen will, muss langsam begreifen, dass das mit der AfD der falsche Weg ist: Die AfD ist Wegbereiterin des Faschismus!

Protest gegen die Regierungspolitik ist immer links. Eine wirklich revolutionäre Alternative gab es bei dieser Wahl nicht. Dass die Linkspartei genauso Monopolpolitik macht wie die Berliner Regierungsparteien, kann man in Thüringen sehen, wo mit Bodo Ramelow der einzige Ministerpräsident der Linkspartei regiert.

Für die Grünen sind 5,9 Prozent alles andere als ein Traumergebnis. Der Höhenflug ist wohl schon wieder vorbei, wozu auch die Selbstbereicherung ihrer Spitzenpolitiker beigetragen hat: Annalena Baerbock bekommt schon 120.000 Euro Abgeordnetendiäten im Jahr, zusätzlich die Netzkarte 1. Klasse der Bahn für 6.800 Euro, und da genehmigt sie sich noch eben 25.000 Euro Weihnachtsgeld für die letzten drei Jahre plus 1.300 Euro Coronahilfe, gedacht für das geschun-

dene Personal im Gesundheitswesen, und vergisst mal eben, das beim Bundestagspräsidenten anzumelden.

Und kaum geschehen, fällt auch Cem Özdemir ein, dass er solch eine Meldung ebenfalls vergessen hat – gerade der Politiker, der wegen der Flugbonusaffäre und dubioser Kredite für sich zurücktreten musste. Auch Karl Lauterbach, SPD, meldet plötzlich Nebeneinkünfte nach, ganz zu schweigen von den korrupten CDU- und CSU-Abgeordneten, die sich mit Millionen für Maskengeschäfte schmieren ließen. Das Ganze zeigt, wie verkommen und korrupt es in den bürgerlichen Parteien zugeht.

Noch ein Thema hat sich nicht gerade förderlich für die Grünen ausgewirkt: Zwar sind sich CDU/CSU, SPD, FDP und Grüne einig, dass Klimaschutzmaßnahmen auf die breite Bevölkerung abgewälzt werden und nicht etwa von den großindustriellen Verursachern getragen werden sollen. Deshalb kamen sie auf die Idee mit der Kohlendioxid-Bepreisung. Um sieben Cent stieg daher der Spritpreis seit Jahresanfang. Das reicht den Grünen noch nicht: 16 Cent sollen es nach Baerbocks Vorstellung sein.

Als ob durch eine Kohlendioxidsteuer die Klimaerwärmung gestoppt würde! Die Monopole können sich die Kohlendioxidsteuer sogar rückerstatten lassen. Die Kohlendioxid-Bepreisung ist nichts anderes als Betrug an Umwelt und Bevölkerung: Wirklicher Umweltschutz muss auf Kosten der Monopolprofite erkämpft werden! Für die frühere Abschaltung aller Atom- und Kohlekraftwerke, ohne die Strommonopole in Milliardenhöhe zu entschädigen! Aber die Bundesregierung und die SPD-geführte Landesregierung in Nordrhein-Westfalen hat gerade erst mit „Datteln IV“ ein neues Kohlekraftwerk in Betrieb genommen.

Der Kapitalismus macht alles zu Ware. Jetzt kam heraus, dass Gesundheitsminister Spahn für eine Milliarde Euro unbrauchbare Schutzmasken gekauft hat. Zuerst wollte er sie freundlicherweise an Hartz-IV-Empfänger, Obdachlose und Behinderte ausgeben lassen. Nachdem dieser Skandal aufflog, sollen sie jetzt in den Lagern der „Nationalen Reserve Gesundheitsschutz“ verschwinden, um sie nach Verfallsdatum klammheimlich entsorgen zu können.

Nach den Masken der Skandal mit den Testzentren: 18 Euro wurden pro Test abgerechnet, aber ohne jede Kontrolle, teils von dubiosen Privatanbietern ohne jegliche medizinische Kenntnisse. Wieder redet sich Spahn raus: Nicht er sei zuständig, sondern die Kassenärztliche Vereinigung. Dieser Krankheitsminister muss zurücktreten!

Auch in Bremen gab es in den letzten Wochen einen handfesten Skandal: Erst kam heraus, dass die Brebau systematisch rassistische Auslese bei der Wohnungsvergabe betreibt und heimlich Menschen mit anderer Hautfarbe oder kulturellem Hintergrund – es reicht schon ein „nichtdeutsch“ klingender Name – ausgrenzt und illegale Akten über sie anlegt. Jetzt kam heraus, dass es bei der Gewoba wohl auch nicht viel anders lief. Die zuständigen Aufsichtsräte – Senator Strehl im Fall der Brebau – wussten von nichts.

Ein Letztes zur Pandemie: Es ist natürlich sehr erfreulich, dass die Infektionszahlen zurückgehen. Das darf aber nicht leichtsinnig werden lassen! Corona wird erst besiegt sein, wenn es weltweit besiegt ist. Den armen Ländern wird aber nach wie vor der Impfstoff fast völlig verweigert. Dass sich Merkel vehement gegen die Aufhebung des Patentschutzes einsetzt, zeigt, wie sehr sie die Kanzlerin des Großkapitals ist, das mit den Impfstoffen schon Milliarden verdient und weitere anvisiert hat.

Es gibt einen engen Zusammenhang zwischen der Ausplünderung der Natur und der aktuellen Pandemie. Die letzten Fleckchen unberührter Natur werden den Profitinteressen unterworfen, die Rohstoffe rücksichtslos geplündert. Ob im Regenwald, in den Ozeanen oder der Antarktis: Überall wird alles aufs Brutalste niedergemacht. Zusammen mit der Massentierhaltung, die Zoonosen begünstigt, werden so der Boden für weitere Pandemien bereitet und Mensch und Natur ein Stück näher der Katastrophe entgegengeführt.

Dass sich das letztlich auch gegen die eigenen Produktionsweise richtet, kann man zurzeit in der Automobilindustrie sehen: Weil Mikrochips fehlen, ohne die aber kein modernes Auto fährt, wurde teils wochenlang die Produktion gestoppt. Das Kurzarbeitergeld durfte dann die Arbeitslosenversicherung bezahlen. Arbeitsminister Heil hat schon die Verlängerung bis nach den Wahlen zugesagt.

Alles schreit nach der großen Veränderung, nach Überwindung der weltweit herrschenden kapitalistischen Profitwirtschaft! Wie herrlich könnte das Leben auf der ganzen Welt sein, wenn nicht die Profite einiger weniger, sondern die Bedürfnisse der Menschheit Richtschnur für Produktion, Gesundheitswesen und Forschung wäre. Dafür trete ich ein. Deshalb trete ich wieder als Direktkandidat für den Wahlkreis Bremen 1 für die „Internationalistische Liste“ / MLPD an. Ich will Mut machen, selbst aktiv zu werden, denn nicht das Kreuzchen bei der Wahl entscheidet, sondern der bewusste Kampf in den Betrieben und auf der Straße!

Wolfgang Lange (MLPD)

Vorauselender Abgesang: An eine Hoffnungsträgerin
werden strengere Maßstäbe angelegt („Spiegel“)

„Eingefroren in der Arktis“

Es war die größte Arktisexpedition aller Zeiten: Im Herbst 2019 ließ sich der Forschungseisbrecher „Polarstern“ im Meereis einfrieren und driftete fast ein Jahr lang durch das Nordpolarmeer. Auf der spektakulären Expedition erforschten Wissenschaftler aus 20 Nationen die Arktis im Verlauf der Jahreszeiten. Auf einer Eisscholle errichteten sie ein Forschungscamp, um den Ozean, das Meereis, den Schnee und die Atmosphäre in dieser extremen Eislandschaft zu studieren.



Ziel der Expedition war es, den Einfluss der Arktis auf das globale Klima besser zu verstehen. Ihre Erkenntnisse sind ein Meilenstein für die Klimaforschung und sehr wertvoll für kommende Generationen. Nach der Rückkehr hat die Leiterin des „Alfred-Wegener-Instituts“ in Bremerhaven, Frau Dr. Boetius, auf die gewaltigen Veränderungen in der Arktis hingewiesen: „Die Arktis erwärmt sich doppelt so schnell wie der Rest der Welt, das Meereis nimmt im rasanten Tempo ab. Als Fridtjof Nansen

gegen Ende des 19. Jahrhunderts in der Arktis überwinterte, war es dort zehn Grad kälter in der Wintersaison“ („Weser-Kurier“, 12. Oktober 2020).

Mit an Bord der „Polarstern“ war Dr. Janin Schaffer. Sie berichtet in ihrem lebendigen Vortrag über das Leben und Arbeiten im Eis, über erste Forschungsergebnisse und über die gewaltigen Herausforderungen, die sie nur mit vereinten Kräften gemeinsam lösen konnten. Sie untersuchte als physikalische Ozeanographin unter anderem, ob das tiefer liegende wärmere Wasser aus dem Atlantik „hochgemischt“ werden kann und so zum verstärkten Abschmelzen des Eises beiträgt.

„Eingefroren in der Arktis“, Live-Vortrag und Diskussion mit Dr. Janin Schaffer am **Freitag, dem 16. Juli 2021**, ab **19 Uhr** im **Gemeindezentrum Zion**, Bremen-Neustadt, Kornstraße 31. Die Regionalgruppe Bremen/Weser-Ems der „Umweltgewerkschaft“ lädt zu dieser Veranstaltung ein, um das Umweltbewusstsein und den breiten Zusammenschluss der Umweltbewegung mit der Jugend- und der Arbeiterbewegung zu fördern. Nur gemeinsam werden wir unseren Planeten vor dem drohenden Kollaps retten! Unser Ziel ist ein Leben im Einklang mit der Natur.

Harald Braun („Umweltgewerkschaft“)

Die nächste **Bremer Montagsdemo** beginnt am **5. Juli 2021** wieder um **17:30 Uhr** auf dem **Marktplatz**. Die bekannten Pflichten zum Tragen von Mund- und Nasenschutz, die Abstandsregeln und das Achten auf Einhaltung der Hygiene-Regeln sind einzuhalten. Wir können unsere Kritiken und Forderungen auch unter den Hygiene-Bedingungen zum Ausdruck bringen. Nehmt zahlreich teil!

Vorausseilende Einschwärzung: Grüne fordern nur noch „mindestens 50 Euro mehr Hartz IV“ („Spiegel“)

Papst teilt Marxens Analyse: Auf dem Leidensweg gibt es keinen Rücktritt („Spiegel“)

Vorwahl-Kulturkampf: Rechte und linke Politiks rebellieren

gegen gender-verqueres Greenspeak-Gebot („*Spiegel*“)

Klima-Schmöker ohne Quellenangabe: Annalena „Baerklau“
wird eine „Plagiatsaffäre“ angedichtet, als hätte sie
sich einen Dokortitel erschlichen („*Spiegel*“)

Trusted Platform Bypass: Das neue Rundecken-Windows mit ge-
radem Butzenglas läuft auch auf alten Rechnern („*Deskmodder*“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

726. Bremer Montagsdemo am 05. 07. 2021

Die Krise der bürgerlichen Ideologie



Der Mindestlohn ist zum 1. Juli 2021 auf großzügige 9,60 Euro gestiegen, ab 1. Januar 2022 sollen es dann „satte“ 9,82 Euro sein. Davon kann man nicht leben, mit Familie schon gar nicht! 9,60 Euro pro Stunde bedeutet circa 1.400 Euro im Monat, brutto! Davon bleiben dann etwa 1.000 Euro netto. Wenn davon die Miete mit Nebenkosten abgebucht ist, bleibt zum Leben nicht mehr viel. Bei den extrem steigenden Mieten und der gegenwärtigen Inflation von 2,5 Prozent müssen viele immer noch beim Jobcenter aufstocken, auch wenn sie in Vollzeit arbeiten.

Der Kampf für höhere Löhne, für mindestens zwölf Euro Mindestlohn und gegen die Hartz-Armutsgesetze muss also weitergehen!

Allerdings geht es nicht allen schlecht. Annalena Baerbock ist ins Gerede gekommen, weil sie „vergessen“ hatte, 25.000 Euro Nebeneinkünfte der letzten drei Jahre dem Bundestagspräsidenten zu melden, wobei es sicherlich ganz andere Kaliber gibt. „Abgeordnetenwatch“ und „Spiegel“ haben jetzt recherchiert, was die Abgeordneten sich so nebenbei einstecken; von „verdienen“ kann ja nicht unbedingt die Rede sein. Offiziell gemeldet wurden seit Beginn der Legislaturperiode über 35 Millionen Euro. Ein paar davon mal rausgepickt:

Ulla Schmidt, langjährige Gesundheitsministerin, bekommt monatlich zwischen 3.500 und 7.000 Euro vom Pharmahersteller Siegfried, dieses Jahr noch eine Einmalzahlung von mehr als 50.000 Euro zusätzlich. Da muss die Dankbarkeit für Gesetzesvorlagen im Interesse der Pharmaindustrie schon groß sein! Dieselbe Summe monatlich, also 3.500 bis 7.000 Euro, bekommt der frühere CDU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder für seine Tätigkeit als „Berater“ des Bergbaukonzerns Saxony Minerals. Peter Ramsauer von der CSU bekommt über eine Million jährlich für zahlreiche bezahlte Firmenposten.

Wohlgemerkt: Alles zusätzlich zur Abgeordnetendiät von circa 10.000 Euro monatlich. Das sind nur einzelne Beispiele, aber so sieht es im ganzen „Laden“ aus. Wer soll da noch glauben, die Abgeordneten würden die Interessen der Bevölkerung vertreten? Sie vertreten die Interessen der Monopole und ihre eigenen: Wes Brot ich ess, des Lied ich sing! –

Letzte Woche forderte der frühere Verfassungsschutzpräsident Hans-Georg Maaßen, jetziger CDU-Bundestagswahlkandidat in Thüringen, eine „Gesinnungsprüfung bei ‚Tagesschau-Mitarbeitern‘“, da sie „zu Linken und Linksextremen Verbindungen“ hätten. Gerade Maaßen muss so reden, der selbst innigste Verbindungen zur AfD unterhält und die Wahl von Thomas Kemmerich zum thüringischen Ministerpräsidenten mit den Stimmen der AfD wie folgt begrüßt hat: „Hauptsache, die Sozialisten sind weg!“ Als „Verfassungsschutz“-Präsident war er tief in den NSU-Skandal verwickelt. Jetzt reicht es sogar Teilen der CDU: Die Bremer CDU legte ihm nahe, aus der Partei auszutreten. Da werden sie aber nachhelfen müssen, wenn sie nicht den braunen Dreck an ihren weißen Westen haben wollen! –

Letzte Woche wurden zwölf Bundeswehrsoldaten in Mali verletzt. Von der Regierung wurde hervorgehoben, welcher wichtiger Beitrag für die Demokratie in Mali mit dem Einsatz geleistet werde. Davon kann allerdings keine Rede sein: Mali wird von einer Militärjunta unter Oberst Assimi Goita regiert, das Volk blutig unterdrückt. Im Mai beschloss der Bundestag mit den Stimmen der Koalition, der FDP und 87 Prozent der Grünen die Verlängerung des Einsatzes um ein Jahr. Der Einsatz diene der „Stabilisierung“, aber was in Wirklichkeit stabilisiert werden soll, ist die neokoloniale Ausbeutung des rohstoffreichen Landes! Pro Jahr werden in Mali circa 50 Tonnen Gold, zwei Milliarden Tonnen Eisenerz und zehn Millionen Tonnen Mangan gefördert. Das Volk jedoch hungert und wird zusätzlich von islamistisch-faschistischen Banden terrorisiert. Gegen diese richtet sich der Bundeswehreinsatz aber nicht, wie der Bundestag ausdrücklich beschlossen hat. –

In Brasilien gingen zehntausende Menschen gegen den faschistischen Präsidenten Bolsonaro auf die Straße. Sie riefen: „Bolsonaro, Völkermörder!“ und „Ja zu Impfungen!“ Die Verharmlosungspolitik Bolsonaros im Interesse der Monopole hat dazu geführt, dass inzwischen weit über eine halbe Million Brasilianer an der Pandemie gestorben sind. –

Immer mehr Menschen verlieren das Vertrauen in die herrschende Politik. Die bürgerliche Ideologie hat ihre Anziehungskraft verloren und ist in eine tiefe Krise geraten. Der **Antikommunismus** ist zum Haupthindernis in der Bewusstseinsbildung der Massen geworden, doch er befindet sich selbst in der Krise. Zu diesem Thema ist ein neues **Buch** erschienen: „Die Krise der bürgerlichen Ideologie und des Antikommunismus“. Es folgt der Überzeugung, dass die Zeit reif ist für eine weltanschauliche Offensive des wissenschaftlichen Sozialismus. Dazu führt die **MLPD Bremen** eine **Veranstaltung** durch, auf der das Buch vorgestellt wird, und zwar am **Samstag, dem 17. Juli 2021 um 16:30 Uhr** im **Jugendfreizeitheim Buntentor**, Geschwornenweg 11a, in der Bremer Neustadt (Einlass 16 Uhr, Eintritt drei Euro, ermäßigt ein Euro). Referent ist der Landesvorsitzende Nord der MLPD, Uwe Wagner, der sich auf eine spannende Diskussion freut. Ich freue mich auch darauf und lade euch hierzu ganz herzlich ein!

Wolfgang Lange (MLPD)

Kohlendioxid-Bepreisung ablehnen!



Die „Umweltgewerkschaft“ lehnt jegliche Kohlendioxid-Bepreisung ab. Keine Abwälzung der Krisenlasten auf die Masse der Bevölkerung! Umweltschutz und Kampf gegen Armut auf Kosten der Profite!

Peter Vescovi, Leiter des Mobilitätsforums der „Umweltgewerkschaft“, meint dazu: „Mancher reibt sich verwundert die Augen: Die EU hat ihre Klimaziele verschärft, Konzerne überbieten sich an ökologischen Phrasen und glanzvollen Werbespots. Mit

der Kohlendioxid-Bepreisung soll nun ausgerechnet die Profitlogik das Klima retten und Wohlstand herbeiführen. Die Masse der Menschen ist zu Recht skeptisch gegenüber solchen Verheißungen, ist es doch genau diese Logik, die unsere Umwelt zerstört und Armut hervorruft. Seit Paris 2015 stiegen die Investitionen in fossile Energien weiter an. Erneuerbare Energien und PKW-Elektromobilität sind ein Zusatzgeschäft, das unter anderem über eine Kohlendioxid-Steuer von uns bezahlt werden soll, während nachhaltige Verkehrssysteme, ausgebremst werden. Nachhaltig wäre zum Beispiel ein unentgeltlicher, attraktiver, ökologischer öffentlicher Nahverkehr.“

Mirjam Gärtner, Mitglied des Bundesvorstandes, fügt hinzu: „Die Realität der Kohlendioxid-Bepreisung zeigt, wer die Zeche bezahlen soll: die Arbeiter, ihre Familien und die breiten Massen. Die gesamten Lebenshaltungskosten sind schon um 2,5 Prozent gestiegen, das ist der höchste Anstieg seit zehn Jahren. Tatsächlich ist der Preis der elektrischen Energie pro Kilowattstunde in Deutschland schon jetzt um 160 Prozent höher als im Rest der Welt. Im Zuge der Kohlendioxid-Bepreisung wird er noch weiter steigen. Eine Familie zahlt mittlerweile schon durchschnittlich 1.100 Euro im Jahr. Die Benzinpreise sind seit Januar 2021 um sechs beziehungsweise sieben Cent pro Liter gestiegen und steigen weiter. Wer also zu wenig Geld hat, sich ein teures Elektroauto zu kaufen, wer auf das Auto angewiesen ist, wer in älteren Häusern wohnt, der wird zur Kasse gebeten? Nicht mit uns! Die Umweltbewegung ist gut beraten, sich nicht zum Anhängsel einer derart massenfeindlichen Politik zu machen, weil sie sonst ihre Unabhängigkeit verliert.“

Die Kohlendioxid-Bepreisung ergibt auch ökologisch keinen Sinn, weil ein solcher Ablasshandel gegenüber skrupellosen Konzernen jede angebliche „Lenkungswirkung“ verfehlt. Sie machen daraus ein Geschäftsmodell, auf das noch an der Börse spekuliert wird. Die AfD macht sich scheinheilig zum Anwalt der sozialen Nöte der kleinen Leute. Ihre Parole „Weiter so“ gibt den Konzernen aber freie Hand, weiter die natürlichen Lebensgrundlagen zu zerstören. Ihnen zufol-

ge würden wir ungebremst in die Umweltkatastrophe fahren. Wir wollen das aber verhindern!

Einer Rechnung zufolge, die das „Handelsblatt“ in Auftrag gab, würden Gutverdiener bei der Kohlendioxid-Steuer „draufzahlen“, während Menschen mit wenig Einkommen, die auch bisher wenig für Energie ausgeben konnten, sogar „mit einem Plus abschneiden“. Dazu wird als Fallbeispiel die „Rentnerin in der Vorstadt“ herangezogen. Wenn davon ausgegangen wird, dass Einnahmen aus dem Kohlendioxidpreis komplett pro Kopf wieder auf die Bevölkerung zurückgegeben würden, wie es im Wahlkampf von einigen Parteien gefordert wird, dann bekäme die „Rentnerin in der Vorstadt“ tatsächlich mehr Geld aus der Kohlendioxid-Steuer zurück, als vorher für Kohlendioxid bezahlt. Doch das sind nur die geäußerten Absichten einzelner Parteien im Wahlkampf. Selbst das „Handelsblatt“ räumt ein, dass die Annahme, die Einnahmen aus dem Kohlendioxid-Preis würden wieder „komplett ausgeschüttet“ nur „der Orientierung“ diene. Die komplette Rückerstattung entspräche zwar der „reinen Lehre“ der Kohlendioxid-Bepreisung, aber schon heute werden die Einnahmen anders eingesetzt. Diesen Wahlversprechen glauben wir nicht. Wie sagt schon der Volksmund: Nach den Wahlen kommt das Zahlen!

Wir fordern und kämpfen um reale Sofortmaßnahmen für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen: Der Ausstoß von Kohlendioxid und anderen Treibhausgasen muss radikal reduziert werden! Rasche und vollständige Umstellung auf erneuerbare Energien! Ausbau des schienengebundenen Nah- und Fernverkehrs und Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene! Schluss mit der Flächenversiegelung und dem Autobahnausbau! Für Ausbau und unentgeltliche Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs! Schnellstmögliche Umstellung auf ein Verkehrssystem ohne fossile Brennstoffe! Schaffung von neuen Arbeitsplätzen unter anderem bei erneuerbaren Energien, dem Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und Schienen-Fernverkehrs! 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich! Arbeitsplätze und Umweltschutz!

„Eingefroren in der Arktis“, Live-Vortrag und Diskussion mit Dr. Janin Schaffer am **Freitag, dem 16. Juli 2021**, ab **19 Uhr** im **Gemeindezentrum Zion**, Bremen-Neustadt, Kornstraße 31. Die Regionalgruppe Bremen/Weser-Ems der „Umweltgewerkschaft“ lädt zu dieser Veranstaltung ein, um das Umweltbewusstsein und den breiten Zusammenschluss der Umweltbewegung mit der Jugend- und der Arbeiterbewegung zu fördern. Nur gemeinsam werden wir unseren Planeten vor dem drohenden Kollaps retten! Unser Ziel ist ein Leben im Einklang mit der Natur.

Harald Braun („Umweltgewerkschaft“)

Starkregen mit über 180 Toten: Die „grüne Hexe“
muss ertränkt werden („Die Welt“)

Extremwetter-Wahlkampf: Hat Annalena Baerbock

die richtigen Textbausteine abgeschrieben? („Spiegel“)

Die nächste **Bremer Montagsdemo** beginnt am **2. August 2021** wieder um **17:30 Uhr** auf dem **Marktplatz**. Die bekannten Pflichten zum Tragen von Mund- und Nasenschutz, die Abstandsregeln und das Achten auf Einhaltung der Hygiene-Regeln sind einzuhalten. Wir können unsere Kritiken und Forderungen auch unter den Hygiene-Bedingungen zum Ausdruck bringen. Nehmt zahlreich teil!

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

727. Bremer Montagsdemo

am 02. 08. 2021

Die ganze Politik muss geändert werden!



1. Seit Beginn der Weltwirtschafts-, -finanz- und -coronakrise sind sowohl Armut als auch Reichtum stark gestiegen. Die Masse wird immer ärmer, eine kleine Minderheit aber immer reicher. 16 Millionen Menschen leben in Deutschland unter der Armutsgrenze; dabei noch nicht mitgerechnet sind Wohnungslose, Pflegebedürftige in Heimen, Flüchtling. Das ist der höchste Wert seit der Wiedervereinigung! In Bremen ist es bekanntlich noch krasser: Hier leben 25 Prozent unter der Armutsgrenze von 60 Prozent des Durchschnittslohns.

Drei Millionen Menschen in Deutschland leben trotz Vollzeitarbeit in Armut, doch im selben (Krisen-)Zeitraum gab es auch einen extremen Anstieg des Reichtums der Millionäre und ihrer Zahl! Das sind die Krisengewinnler, die Krisenlasten werden auf die breite Bevölkerung abgewälzt. Dazu gehört auch die Inflationsrate; aktuell ist sie auf 3,8 Prozent geklettert. Bei Heiz- und Benzinkosten liegt die Preissteigerungsrate aber um 11,6 Prozent, bei Lebensmitteln um 4,3 Prozent, bei Frischware noch viel höher.

Das ist gewollt! Das ist die Politik der Europäischen Zentralbank und der Bundesbank. Damit werden die Schulden des Staates, aber auch der Konzerne verringert – und die Sparer um ihr Vermögen gebracht. Das war bei der Hyperinflation vor 100 Jahren nicht anders: Die Kriegsschulden, die hohen Reparationszahlungen, die Schulden der Konzerne und des Staates wurden auf Kosten der Bevölkerung getilgt. Viele Menschen verloren alles.

Letzten Endes zahlen die breiten Massen die Zeche, die Reichen bedienen sich. Umso mehr geht es jetzt darum, in den Betrieben einen **Lohnnachschlag** durchsetzen, Friedenspflicht hin oder her, denn die letzten Tarifabschlüsse waren allesamt unter der Inflationsrate. Und die Hartz-Gesetze müssen weg, weil sie die Haupttreiber der Armut sind. Arbeitslosengeld I für die Dauer der Arbeitslosigkeit! Sofort 100 Euro extra für alle Harz-IV-Empfänger! Für eine Grundsicherung deutlich über der Armutsgrenze!

2. Am Samstag gab es trotz Verbotes wieder „Querfront“- Demos in Berlin mit 5.000 Menschen, ohne Corona-Abstände, ohne Masken, aggressiv und provokativ angeführt von Faschisten. Die Polizei in Berlin zeigte wohlwollende Zurückhaltung, während in Düsseldorf Teilnehmende einer Demo gegen das neue Versammlungsrecht brutal eingekesselt und stundenlang festgehalten wurden. Dagegen wird die „Querfront“ mit ihrer extrem egoistischen Denk- und Verhaltensweise toleriert.

Statt jetzt alles zu tun, die Pandemie weiter in den Griff zu bekommen, wird eine vierte Welle provoziert. Schon steigen die **Inzidenzwerte** wieder kontinuierlich an; wenn auch nicht so hoch wie in Spanien, sind sie trotzdem nicht zu unterschätzen. Nach wie vor wird eine Impfung von 12- bis 15-Jährigen eher behindert als gefördert, obwohl es inzwischen weltweit genügend Erfahrungen gibt, die belegen, dass diese Altersgruppe nicht vermehrt Nebenwirkungen zeigt und die Impfung das sicherste Mittel ist, keine schlimmen Erkrankungen zu bekommen.

Denn die Langzeitfolgen sind auch bei Kindern und Jugendlichen mit Covid-19 zum Teil sehr schlimm: Jeder zehnte junge Mensch, der „Corona“ hatte, leidet an „Long-Covid“, unter anderem mit dauerhaften Herz- oder Lungenproblemen. Freigabe des Impfstoffes für die ganze Welt!

3. Diesen Mittwoch findet ein Prozess von Stefan Engel statt gegen die Einstufung als „Gefährder“. Der langjährige Parteivorsitzende der MLPD war einer der Schirmherren des „Rebellischen Musikfestivals 2018“. Dort aufgetreten ist „Grup Yorum“, eine (nicht verbotene) revolutionäre türkische Band, deren „Verbrechen“ darin besteht, für eine befreite Welt zu musizieren.

Stefan Engel wurde zur Fahndung ausgeschrieben, die Commerzbank kündigte ihm und seiner Ex-Frau die Konten. Drahtzieher waren Innenminister Seehofer, der Ex-Verfassungsschutzpräsident und AfD-Freund Maaßen sowie der damalige Polizeichef Löther. Sie werden von Stefan Engel angeklagt. Viel Erfolg im Prozess!

Ein „Gefährder“ ist „vogelfrei“: Man kann elektronische Fußfesseln auferlegt bekommen, sämtlicher demokratischen Rechte beraubt werden, die Maßnahmen reichen bis hin zur „Vorbeugehaft“, siehe **NS-Faschismus**, denn an „Gefährdern“ drohe „schwere politisch motivierte Terrorgefahr“. Auch Yüksel Koc, Bremen, Co-Vorsitzender des Kurdischen Dachverbands in Europa, wurde aktuell als „Gefährder“ erklärt. Noch vor kurzem hatten Erdogans Schergen versucht, ihn zu ermorden.

In Konya (Türkei) wurde eine siebenköpfige kurdische Familie ermordet. Die faschistische Erdogan-Regierung versucht das als „Stammesfehde“ zu vertuschen. Hintergrund ist jedoch die faschistische rassistisch-nationalistische Politik in der Türkei. So wird versucht, Waldbrände der kurdischen Arbeiterpartei PKK in die Schuhe zu schieben. Dabei ist gerade die PKK ausdrücklich für die Einheit von Mensch und Natur.

Es sind die regierungsamtlichen „Dorfschützer“, die die Wälder anstecken. Und es gibt ein neues Gesetz in der Türkei, Wälder Touristikzwecken unterzuordnen, dem Profit also, wie bei Bolsonaro in Brasilien, der den Regenwald zerstören lässt. Und die Bundesregierung unterstützt Erdogan.

4. Für die Überschwemmungskatastrophe Mitte Juli mit über 180 Toten allein in Deutschland kann Klimaerwärmung als wesentliche Ursache nicht mehr gelehrt werden. Immer schwächer wird der Jetstrom, ein starker Wind in circa zehn Kilometern Höhe, der durch den Temperaturunterschied zwischen Polkappen und Äquator entsteht. Weil sich die Pole dreimal so schnell erwärmen wie die übrige Erde, nimmt der Jetstrom immer mehr ab. Dadurch ziehen Tief- und Hochdruckgebiete nicht mehr ab, sondern bleiben wochenlang an einem Fleck. Dazu kommt die Klimaerwärmung: Warme Luft nimmt viel mehr Wasser auf. Folge sind Starkregen. Auch die Flächenversiegelung und zu wenig Polder führten zur Katastrophe.

Unions-Kanzlerkandidat Laschet meint, wegen der Geschehnisse eines Tages müsse man nicht gleich die ganze Politik ändern. An den **Klimawandel** müsse man sich anpassen. Das ist eine Bankrotterklärung! **Die ganze Politik muss geändert werden!** Kommt zur **Kundgebung** der „**Internationalistischen Liste / MLPD**“ am **Samstag, dem 7. August 2021**, um **12 Uhr** hier auf dem **Marktplatz!** Dort stellen sich die Kandidaten vor, man kann ihnen Fragen stellen, und es gibt ein Offenes Mikrofon. Mit Gesang und Gitarre treten auf: Die Lilarote, Uisge und die Anticapitalistas.

Wolfgang Lange (MLPD)

Die nächste **Bremer Montagsdemo** beginnt am **6. September 2021** wieder um **17:30 Uhr** auf dem **Marktplatz**. Die bekannten Pflichten zum Tragen von Mund- und Nasenschutz, die Abstandsregeln und das Achten auf Einhaltung der Hygiene-Regeln sind einzuhalten. Wir können unsere Kritiken und Forderungen auch unter den Hygiene-Bedingungen zum Ausdruck bringen. Nehmt zahlreich teil!

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

728. Bremer Montagsdemo

am 06. 09. 2021

Solidarität mit dem Lokführerstreik!



1. Der Rückzug aus **Afghanistan** ist ein Desaster der Nato, die schwerste Niederlage seit Vietnam. Noch vor Kurzem wurde Afghanistan als „sicheres Land“ bezeichnet, und Flüchtlinge wurden dorthin abgeschoben. Innenminister Seehofer forderte noch Abschiebungen, nachdem die Taliban schon fast das ganze Land eingenommen hatten, und die Kanzlerkandidaten Laschet und Scholz klatschten Beifall. Auch jetzt ist die erste Reaktion von Laschet: „2015 darf sich nicht wiederholen.“

Die Grünen brüsten sich, schon vor Monaten die Rückholung der „Ortskräfte“ (das sind Leute, die mit den Besatzern kollaborierten) gefordert zu haben und heucheln Entsetzen über die faschistischen Taliban: Jetzt gehe es den Frauen und Mädchen wieder schlecht. Das stimmt zweifellos, aber deren Rechte waren nie das Ziel des 20-jährigen Nato-Kriegs in Afghanistan, dem die Grünen – mit ihrem Außenminister Fischer – von Anfang an zugestimmt haben.

Es waren 20 Jahre Besatzung. Es ging nie um Menschenrechte, um die Befreiung der Frau, sondern immer nur um imperialistische Interessen, um Bodenschätze und die strategische Lage: Afghanistan hat die größten Ölvorkommen der Erde und grenzt an China, Pakistan und ehemalige Sowjetrepubliken. Die Bevölkerung hat die Besatzung nie akzeptiert. Die verhassten geflohenen Regierenden waren Marionetten von US-Gnaden. Kampflös und feige haben sie das Land den faschistischen Taliban übergeben, ehe sie sich mit vollgestopften Taschen davonmachten.

Das Volk in Afghanistan kann sich nur selbst befreien, im Kampf gegen alle Imperialisten und die faschistischen Taliban. Es verdient dafür unsere Solidarität und Unterstützung. Für das Recht auf Flucht! Uneingeschränktes Asylrecht für alle Unterdrückten auf antifaschistischer Grundlage! Deutsche Truppen raus aus dem Ausland! Auflösung der Nato! (Die Linkspartei ist dabei, sich von dieser Forderung zu verabschieden.)

2. Volle Solidarität mit dem **Lokführerstreik!** Der Bahnvorstand bietet 3,2 Prozent mehr Lohn, auf drei Jahre gestreckt (ursprünglich sogar dreieinhalb Jahre), bei gleichzeitiger Kürzung der Betriebsrente um 50 Euro – und das bei einer jährlichen Preissteigerung von vier Prozent, für Lebensmittel, Sprit und Heizkosten teils 20 und mehr Prozent.

Diese Lohnsenkung machen die Lokführer nicht mit. Noch nie wurde in sämtlichen Medien so gegen einen Streik gehetzt. Nun sollen die Lokführer für die Klimakatastrophe auch noch schuld sein, weil auf Lkw verlagert wird. Aber es war die Bahn, die immer mehr Strecken stillgelegt hat und in Lkw-Speditionen investiert.

Die Scholz-Kampagne lautet „Respekt für dich“, aber die Behauptung „Stabiles Rentenniveau und -eintrittsalter“ ist respektlos: 1977 lag die Rente bei 60 Prozent, 2021 nur noch bei 47,5 Prozent und muss auch noch versteuert werden, demnächst komplett! Das war die Rentenreform der SPD-Regierung. Nur noch Krisen – eine Lösung: Sozialismus! Ich lade herzlich ein zur **Kundgebung** der **„Internationalistischen Liste / MLPD“** am **Samstag, dem 11. September 2021** um **13:30 Uhr** auf dem **Bremer Marktplatz**.

Wolfgang Lange (MLPD)

Die nächste **Bremer Montagsdemo** beginnt am **4. Oktober 2021** wieder um **17:30 Uhr** auf dem **Marktplatz**. Die bekannten Pflichten zum Tragen von Mund- und Nasenschutz, die Abstandsregeln und das Achten auf Einhaltung der Hygiene-Regeln sind einzuhalten. Wir können unsere Kritiken und Forderungen auch unter den Hygiene-Bedingungen zum Ausdruck bringen. Nehmt zahlreich teil!

Respektlos: SPD stimmt Hartz-IV-„Erhöhung“ um drei Euro zu, obwohl bei vier Prozent Inflation 18 Euro Kaufkraft verloren gehen („RTL“)

„Linke“ wollen 100 Euro mehr Hartz IV: Grüne fordern nur halb so viel, werden aber dreimal so stark und kommen in die Regierung („Berliner Zeitung“)

Protesterfolg: 40 Jahre lang wurde die Öffentlichkeit über die Nichteignung Gorlebens als Atommüllendlager belogen („Spiegel“)

Mit Todesfolge: Armin Laschets Räumung des Hambacher Forstes im Jahr 2018 war rechtswidrig („Der Postillon“)

„Strafvereitelung im Amt“: Olaf Scholz ist „verstimmt“ über „nicht nur schriftliche“ Razzia in seinem Ministerium kurz vor der Wahl („Spiegel“)

Annalena Baerbock ins Kanzlerinnenamt: Muss die Union nach ihrem Wahlabsturz für eine Regierungsbeteiligung ein Opfer bringen? („*Focus*“)

„Linke“ halbiert: Wenn ihr Entrismus gut findet,
wie wär's mit (Wieder-)Eintritt in die SPD? („*Spiegel*“)

Von wegen „alternativlos“: Deutschlands Bürgertum erprobt die
rot-grün-gelb-schwarze Kombinatorik („*Spiegel*“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

729. Bremer Montagsdemo

am 04. 10. 2021

Die Bremer Montagsdemo trauert um

Wieland von Hodenberg (1938-2021)

Ruhe in Frieden, lieber Wieland!

Instabile Verhältnisse erwarten uns



Bei der Bundestagswahl hat die CDU das schlechteste Ergebnis aller Zeiten eingefahren: 24 Prozent. Armin Laschet tönt aber immer noch, er will Kanzler werden! Die Monopolverbände hatten auf eine Koalition von CDU und FDP gesetzt. Das haben sie nicht erreicht, doch mit beispielloser Meinungsmanipulation schafften sie es, die Öffentlichkeit glauben zu machen, es ginge um eine „Schicksalswahl“. Jeden Tag waren die gleichen Kandidaten im Fernsehen, es gab etliche „Trielle“ und andere Polit-Shows.

So wählten viele Leute SPD und Grüne: um Laschet zu verhindern und weil sie glaubten, nur so könne etwas geändert werden. Die Wechselstimmung war stark, deshalb haben alle Parteien links von der SPD Stimmen verloren: Die Linkspartei wurde halbiert, auch die MLPD bekam weniger Stimmen, trotz tollem Wahlkampf. Immer noch verbreitet ist das „taktische“ Wählen des „kleineren Übels“. Es besteht noch Vertrauen in den Parlamentarismus, doch was wird die Zukunft bringen?

Instabile Verhältnisse erwarten uns: Die prognostizierte „Ampel“ wird wenig inneren Zusammenhalt haben. Über kurz oder lang wird die neue Regierung den Kurs der Monopole umsetzen. Diese haben eine massenhafte Arbeitsplatzvernichtung in über 40 Prozent der Konzerne angekündigt und schon damit begon-

nen, wie bei Airbus, Blohm & Voss oder Opel Eisenach. Auch die Leiharbeiter von Daimler sind mal wieder betroffen, und das bei traumhaften Profiten.

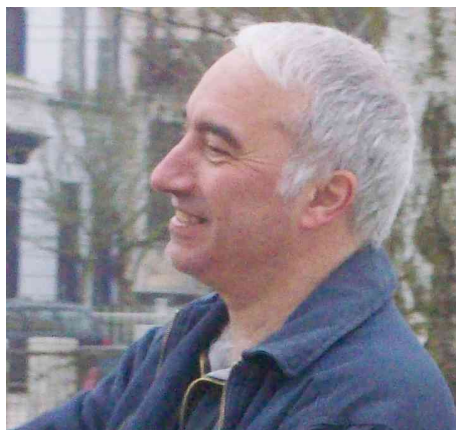
Während des Wahlkampfes gab es schon wichtige Kämpfe bei der Bahn und in Gesundheitsbetrieben. Da müssen wir weitermachen! Die Inflation liegt bei 4,1 Prozent in Deutschland; europaweit sind es 3,4 Prozent. Deshalb: Kampf um Lohnnachschlag und jeden Arbeitsplatz! Die Monopolverbände fordern die Rente mit 70. Dagegen müssen wir kämpfen, und für die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich! Weg mit den Hartz-Armutsgesetzen!

Am **23. Oktober 2021** gibt es **Regionaldemonstrationen der bundesweiten Montagsdemo** in Bochum, Braunschweig, Leipzig und Stuttgart. Für uns heißt es also: Auf nach **Braunschweig!** Wir fahren mit dem Zug um 9:17 Uhr und treffen uns um **9 Uhr** vorn in der **Bahnhofshalle**. Die Demo beginnt um 12 Uhr. Ich selbst kann diesmal nicht teilnehmen, also auch die Fahrt nicht koordinieren, weil ich im Urlaub bin.

Wolfgang Lange (MLPD)

Schlicht verfassungswidrig: Hartz-IV-„Erhöhung“ um 0,76 Prozent kompensiert nicht einmal die Inflationsrate („*Tagesspiegel*“)

In Bremen bleiben



40 junge Geflüchtete sollen aus Bremen abgeschoben werden, erst durch Transfers in andere Bundesländer – und von dort aus nach Italien oder direkt nach Afrika. Am letzten Samstag gab es eine Protestdemonstration durch Bremen. Der „Weser-Kurier“ berichtete kein Wort darüber, mein Leserbrief wurde nicht veröffentlicht. Kritik an den Behörden wird unterdrückt, und Solidarität mit Geflüchteten ist nicht erwünscht. Deshalb mache ich meinen Leserbrief auf dem Marktplatz öffentlich!

„Sehr geehrte Redaktion des ‚Weser-Kuriers‘, ich möchte Sie bitten, meinen Leserbrief zum Artikel ‚Keine Sonderregelung für 40 junge Geflüchtete‘ vom 23. September 2021 zu veröffentlichen:

40 junge Geflüchtete sollen ihre neue Heimat Bremen verlassen, ‚weil der Zufallsgenerator über die gleichmäßige Verteilung von Geflüchteten im Bundesgebiet entscheidet‘. Diese Entscheidung der Innen- und Sozialbehörde ist menschenunwürdig! Sie ignoriert, dass diese Ju-

gendlichen schreckliche Erlebnisse in ihren Heimatländern und auf der Flucht erleiden mussten.

Aufgrund dieser Traumatisierungen sind sie in psychologischer und psychiatrischer Behandlung. Fachärzt(inn)e(n) und Psychotherapeut(inn)en weisen darauf hin, dass diese Geflüchteten dringend die begonnenen Therapien und die psychische Stabilisierung durch ihr Umfeld in Bremen brauchen. Ihre großen gesundheitlichen Probleme bis hin zur Suizidgefahr sind keine ‚zwingenden Gründe‘?

Schule, Sprachkurs, Freunde, Chance auf Ausbildung, Sportverein, Solidarität – all das soll ihnen genommen werden. Die ‚Umverteilung‘ in ein anderes Bundesland ist nicht wie eine Verlegung von einem Krankenhaus in ein anderes, weil dort noch ein Bett frei ist. Sie raubt ihnen ihre Zukunftsperspektive und stürzt sie in große psychische Verzweiflung.

Alle ahnen, dass dies der erste Schritt zur Abschiebung in ihr Herkunftsland sein kann. Dafür gibt es Tausende Beispiele. Das Argument der Behörden ‚Ohne Umverteilung müssten hier in Kürze wieder Turnhallen belegt und Zelte aufgebaut werden‘ ist ein schlechter Witz. 40 junge Geflüchtete sollen die Aufnahmekapazitäten sprengen? Stop the transfers!“

Harald Braun

So sprechen wir jetzt: Geschlechtergerechtigkeit
braucht kein Gendersternchen („Spiegel“)

„Einstiegsdroge“, „Heroin im Hasch“: Debatte über Kriminalkräuter
mit Textbausteinen von 1970 („Spiegel“)

Die nächste **Bremer Montagsdemo** beginnt am **1. November 2021** um **17:30 Uhr** vor der „Glocke“ an der **Domsheide**, wegen des Freimarktes. Falls es bis dahin auf dem Marktplatz schon wieder frei ist, können wir ja umziehen. Die bekannten Pflichten zum Tragen von Mund- und Nasenschutz, die Abstandsregeln und das Achten auf Einhaltung der Hygiene-Regeln sind einzuhalten. Wir können unsere Kritiken und Forderungen auch unter den Hygiene-Bedingungen zum Ausdruck bringen. Nehmt zahlreich teil!

„Kostenlose“ Tests kosten fünf Milliarden: 100 Euro Corona-Zuschlag, auszahlbar als „Impfprämie“ über die Krankenkasse, kosten acht Milliarden („Spiegel“)

Bürger-Mitwirkungsgeld: Hartz IV wird erst überwunden,
wenn die Sanktionen wegfallen („Die Welt“)

„Strategiepapier“ ohne ein Wort zu Hartz IV: Ich habe recht getan,
die Linkspartei nicht mehr zu wählen („*Junge Welt*“)

Hübsche Wahlen habt ihr da: Wär scheiße, wenn was passiert („*Daily Beast*“)

Korruption: Burgtheater spielt Schwatz-Protokolle
von Altkanzler Doppel-Kurz („*Der Standard*“)

Es geht um Macht statt um Fakten: Die Rechten glauben
ihren Lügen-Quatsch selber nicht („*Daily Beast*“)

„Pimmel-Andy“ lässt lustiges Schmählplakat von Polizei übermalen: Man-
chen Menschen mangelt es einfach an einer gewissen Größe („*Spiegel*“)

Deadline: Der Nikolaus bringt uns einen neuen Schlumpfenkanzler,
sonst hat Mutti gewonnen („*Spiegel*“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

730. Bremer Montagsdemo

am 01. 11. 2021

Umweltbewegung ruft zu globalem Protest auf



Am Sonntag wurde die 26. Weltklimakonferenz in Glasgow eröffnet. Es zeichnet sich bereits ab, dass auch dieses Mal der Betrug mit unverbindlichen Absichtserklärungen munter weitergeht.

Bereits der G20-Gipfel am letzten Wochenende hat nichts als „heiße Luft“ produziert. Die Regierungschefs der 20 größten kapitalistischen Länder konnten sich auf keinerlei konkreten Pläne und Ziele einigen, obwohl sie für 80 Prozent der Kohlendioxid-Emissionen auf der Welt verantwort-

lich sind. Der Kohleausstieg wird in der Abschlusserklärung nicht einmal erwähnt. Eine Frechheit ist, dass Macron und Biden die Renaissance der Atomenergie als Lösung der Klimakrise verkaufen wollen.

Nach den vorliegenden nationalen Plänen werden die Emissionen bis 2030 um 16 Prozent weiter ansteigen, obwohl ein Rückgang um 55 Prozent nötig wäre. Das wird zu einer Erderwärmung um mindestens 2,7 Grad führen, mit fatalen Folgen: Dürren, Hochwasser, Eisschmelze und Stürme. In einem Sonderbericht warnt die Weltgesundheitsorganisation vor der größten Gesundheitsbedrohung der Menschheit durch die Erderwärmung. Die UN-Flüchtlingsorganisation prognostiziert 240 Millionen „Klimaflüchtlinge“.

Die Erderwärmung steht in enger Wechselwirkung mit weiteren Faktoren des Übergangs zu einer globalen Umweltkatastrophe wie der Zerstörung der tropischen Regenwälder, der Versauerung, Erwärmung und Vermüllung der Weltmeere oder der Ausdehnung des Ozonlochs. Die Fixierung allein auf die Klimakrise verharmlost die Gefahr des drohenden Kollapses unseres Planeten. Inzwischen bilden sich Kipppunkte heraus, die nicht wieder rückgängig gemacht werden können, wie das Abschmelzen des Eises der Arktis und Antarktis, das Auftauen der Permafrostböden, die Umwandlung der tropischen Regenwälder von „grünen Lungen“ hin zu Kohlendioxid-Emittenten oder das Abschwächen des Jet-Stroms.

Das Sondierungspapier der künftigen Ampel-Koalition in Deutschland lässt nichts Gutes erwarten. Versprochen wird in der Vereinbarung „Klimaschutz in einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft“. Das kapitalistische Profitsystem wird nicht dadurch sozial und ökologisch, indem man ihm einfach ein neues Etikett verpasst. Liest man genauer nach, geht es vor allem darum, „Chancen“ für den „Industriestandort Deutschland“ zu stärken. Es ist geplant, die Konzerne mit Milliarden Steuergeldern beim Umstieg auf „grüne Geschäftsfelder“ zu beschenken.

Die **Umweltbewegung** ruft zum globalen Protest auf. Eine „COP26-Coalition“ aus über 130 lokalen und internationalen Graswurzel- und Nichtregierungsorganisationen ruft unter Federführung von „Friends of the Earth“ am **6. November 2021** zu einem „**Global Day of Action**“ in der Mitte der Weltklimakonferenz auf. Die revolutionäre Weltorganisation ICOR hatte diesen Kampftag vor Jahren ins Leben gerufen. Neben Umweltorganisationen, indigenen Gruppen und Flüchtlingsorganisationen rufen auch Gewerkschaften, Bauern und Organisationen aus dem Gesundheitswesen auf. Dieser Schulterschluss von Umwelt-, Arbeiter-, Jugend - und Bauernbewegung ist sehr zu begrüßen.

Die „Umweltgewerkschaft“ organisiert und beteiligt sich an den Protesten in zahlreichen Städten. Im Aufruf heißt es: „2021 war ein Rekordjahr der Umweltkatastrophen, ein Signal, dass es gesellschaftlicher Veränderung bedarf, wenn wir eine Umweltkatastrophe verhindern wollen. Ein Signal, für die Zukunft der Menschheit am 6. November auf die Straße zu gehen, wenn gleichzeitig in Glasgow Regierungen bei der UN-Klimakonferenz tagen.“

„Another world is possible“ – eine Welt, in der der Mensch in Einheit mit der Natur lebt, ist das Ziel der „Umweltgewerkschaft“. Schluss mit Greenwashing, Taten statt leerer Worte! Wir brauchen Umweltschutz und Arbeitsplätze – eine Zukunft für die Menschheit! Kommt zur **Kundgebung** am **Samstag**, dem **6. November 2021**, um **11 Uhr** auf den **Bremer Marktplatz!**

Harald Braun („Umweltgewerkschaft“)

Wenn das der Umweltverbrecher nicht macht, müssen wir selbst dafür sorgen

Obwohl der Klimawandel, seine Ursachen und möglichen Folgen schon ein jahrzehntealtes Thema sind, bringen alle Medien täglich abgedroschene „Neuigkeiten“ von der „26th Conference of the Parties“ in Glasgow.

Doch der Schadstoffausstoß hat sich seit der ersten internationalen Klimakonferenz 1979 in Genf nicht verringert. Allen gemeinsam ist, dass die Ergebnis-

se immer weit hinter den Erwartungen von umweltbewussten Menschen und Klimaschützern zurückgeblieben sind. Die beschlossenen Maßnahmen haben keine Anzeichen einer Entspannung gebracht, im Gegenteil: Die Auswirkungen des Klimawandels werden weltweit immer stärker spürbar.



Der Grund sind die immer noch gleichen Naturgesetze, die wir seit Jahrzehnten missachtet haben, die aber schon seit dem Bestehen der Welt existieren, länger als der Mensch. Es ist sicher: Sie bleiben länger gültig als wir selbst. Naturgesetze sind nicht diplomatisch zu umgehen, nicht durch Diskussionen abzumildern, nicht mit Geld zu beeinflussen und nicht wie Gesetze zu ändern.

Es ist oft zu hören, hauptsächlich Industrie und Wirtschaft seien schuld an der Umwelterstörung, an Schadstoffausstoß und Energieverschwendung.

Doch die Industrie stellt Produkte her, nicht nur um maximalen Profit zu machen, sondern auch für unseren Fortschritt, für ungerecht verteilten Lebensstandard und zweifelhaften Wohlstand.

Zum Beispiele liefern Zementwerke einen wichtigen Baustoff für unsere Wohnhäuser und Autobahnbrücken; Stahl- und Walzwerke Blech und Halbzeuge für unsere Individual-Fahrzeuge und Kreuzfahrtschiffe; Kraftwerke Energie für unsere Küchengeräte und Elektroautos. Aus Bergwerken und Minen werden Erze und seltene Rohstoffe gewonnen, für unsere Computer und modernen Multi-Kommunikationsgeräte.

Wälder werden abgebrannt für unseren Fleischkonsum, Urwaldbäume gefällt für „Ökokraftstoffe“ und Grillkohle. Meere werden geplündert für unsere gesunde Ernährung mit Fisch und gleichzeitig verdreckt mit Wohlstandsmüll und Öl aus havarierten Tankern. Wir selbst verseuchen unsere Atemluft mit Abgasen jeder Art. Mit drei Kilogramm Kohlendioxid je verbrauchtem Liter Kraftstoff oder Heizöl sind wir am Klimawandel beteiligt.

Eine Aussage wie: „Die Hauptverursacher sitzen in Konzernzentralen, Banken und Regierungen“ ist daher eine genauso pauschale Halbwahrheit wie die Feststellung, dass China, Russland, USA die größten „Klimakiller“ sind. Es ist wichtiger, die Gesellschaft und die Region genauer zu kennen, in der ich selbst lebe, und zu versuchen, hier etwas zu bewirken.

Hierzulande ist jeder Mensch für den Ausstoß von mindestens acht Tonnen Kohlendioxid verantwortlich, sagen Schönredner und Optimisten. Beim größeren Teil der nicht gerade armen Deutschen sind es mehr als zwölf Tonnen, sagen Realisten. Bei einer weltweit ausgewogenen, „gerechten“ Verteilung müssten es weniger als fünf Tonnen pro Mensch sein. Das ist der heutige Status, gegen den massiv protestiert wird: 40 Milliarden Tonnen Kohlendioxid, verursacht von acht Milliarden Menschen.

Es ist zwar auch eine Tatsache, dass das kleine Deutschland nur mit wenigen Prozent am weltweiten Schadstoffausstoß beteiligt ist. Doch mit diesem Argument in unserem Land weiteres Nichtstun zu rechtfertigen ist schlicht verantwortungsloses, persönliches Greenwashing. Große Produktionsbetriebe betreiben ihre Energiewirtschaft effizienter als die meisten modernen deutschen Haushalte.

Nicht nur in meiner Stromrechnung steht, dass ein Single-Haushalt 1.800 Kilowattstunden elektrische Energie pro Jahr verbraucht, ein Zwei-Personen-Haushalt etwa 3.000 Kilowattstunden. Zu welchem Zweck benötigt ein effizienter Privathaushalt so viel wertvollen Strom? Entweder soll mit solchen Angaben dem Verbraucher ein beruhigendes, gutes Gefühl beim Vergleich mit seinem zu hohen Eigenverbrauch vermittelt werden, oder es ist eine traurige Tatsache. Aus eigener Erfahrung weiß ich, dass ohne zu sparen die Hälfte des angegebenen Wertes ausreicht.

Wie viele Kilogramm Kohlendioxid für den persönlichen Energieverbrauch vom Kraftwerk in die Luft geblasen wurden, lässt sich mithilfe der Stromrechnung feststellen, indem die Kilowattstunden mit 0,8 Kilogramm multipliziert werden. Hinzu kommt der Verbrauch von Gas für die Heizung, das beim Verbrennen pro Kubikmeter 0,38 Kilogramm Kohlendioxid erzeugt.

Womit jeder Mensch sofort beginnen kann ist das Sammeln von Informationen aus seriösen Quellen; durch logisches Nachdenken, basierend auf Naturgesetzen, persönliche Erkenntnisse gewinnen; hieraus das eigene Verhalten überprüfen und folgerichtige Entscheidungen treffen. Als verantwortungsbewusste Konsumenten können wir wählen, von welchem Multikonzern oder Millionär wir unsere Waren kaufen, Ob Kleidung, Energie, Kraftstoffe, Nahrungsmittel oder Dienstleistungen.

Ich kann frei wählen, welchen Milliardär ich weiter bereichern will, durch bequemes Online-Shopping oder Nutzung seiner Datenkraken und Apps. Ich muss selbst herausfinden, welchen Wirtschaftskriminellen ich vertraut habe. Wir als Menschheit können nur so gut überleben, wie wir es lernen, uns der Natur anzupassen, mit ihr im Einklang zu leben und ihre Gesetze zu achten. Wenn das der Umweltverbrecher nicht macht, müssen wir selbst dafür sorgen.

Helmut Minkus (parteilos)

Mehr als Blabla wird nicht rauskommen

Ein Kurzbericht: Zum ersten Mal wieder im Dunklen fand die 730. Montagsdemo auf dem Marktplatz statt. Karussells und Buden vom Freimarkt waren schon weggeräumt, aber natürlich hatte die Zahl der Zuhörer leider auch abgenommen.



G20-Gipfel und Klimakonferenz in Glasgow waren Thema. Aber mehr als Blabla wird nicht rauskommen, wie Greta Thunberg richtig vorhersagt. Nein, die Kapitalismusvertreter wollen ja gar nichts verändern. Biden will Treibhausreduktionen durch Anreize erreichen, die er noch vergolden will. Der indische Faschist Modi will erst in 50 Jahren klimaneutral werden. Wie bisher nur Geplapper. Genauso in Rom.

Es kommt, wie Marx es schon in seinem Vergleich dargestellt hatte: Für den höchsten Profit riskiert der Kapitalist sogar sein Leben.

Und so wird es kommen. Milliarden Menschen sollen dafür in der Umweltkatastrophe ihr Leben lassen. Nein, dagegen werden sich die Menschen wehren, aber mit zivilen Reaktionen wird das nicht möglich sein.

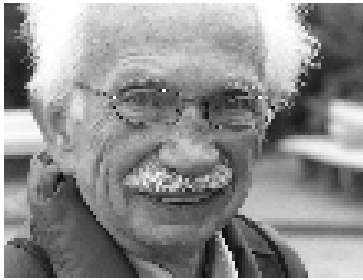
Am Sonnabend, den 6. November 2021 um 11 Uhr ist Gelegenheit, seinem Protest freien Lauf zu lassen: Die „Umweltgewerkschaft“ ruft mit Gleichgesinnten zur Kundgebung auf dem Marktplatz auf. Kommt zahlreich!

Dann haben wir unseres früheren Mitstreiters **Wieland von Hodenberg** gedacht, der in der letzten Woche im Alter von 83 Jahren gestorben ist. Er lebte schon geraume Zeit in einem Seniorenheim, aber ich sehe ihn noch, wie er in früheren Jahren mit seinem Rad zum Marktplatz kam und dann einen Beitrag zu einem Thema hielt, das wichtig war, aber nicht so offensichtlich im Vordergrund stand; es war durchdacht und im Zusammenhang dargestellt.

Hartz IV fehlte auch nicht. Zusammenhang und Perspektive sind wichtig. Mit der Umbetitelung zum „Bürgergeld“ ist es nicht getan, solange die Drangsalierungen und Sanktionen bleiben. Die nächste Montagsdemo findet am 6. Dezember 2021 statt, um 17:30 Uhr an der Domsheide vor der Glocke. Bleibt gesund und besteht euren Alltag!

Jobst Roselius

Die nächste **Bremer Montagsdemo** beginnt am **6. Dezember 2021** um **17:30 Uhr** vor der „Glocke“ an der **Domsheide**, wegen des Weihnachtsmarktes. Die bekannten Pflichten zum Tragen von Mund- und Nasenschutz, die Abstandsregeln und das Achten auf Einhaltung der Hygiene-Regeln sind einzuhalten. Wir können unsere Kritiken und Forderungen auch unter den Hygiene-Bedingungen zum Ausdruck bringen. Nehmt zahlreich teil!



Quelle: Archiv Bremer Friedensforum

Wir nehmen Abschied von

Wieland von Hodenberg

* 12. November 1938 † 28. Oktober 2021

Wieland arbeitete von Beginn an im Bremer Friedensforum als Vertreter der Friedensinitiative Obervieland mit. Mit seinen Artikeln und öffentlichen Stellungnahmen vertrat er wichtige Positionen der Friedensbewegung und machte sich einen Namen als Kritiker des Rüstungsstandorts Bremen. Wieland setzte sich mit der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnernInnen für die Aufnahme und Betreuung von Deserteuren in Bremen ein. Unermüdlich war sein Engagement bei den Montagsdemonstrationen für die Unterstützung von Hartz-IV-Betroffenen, für die Einhaltung der Menschenrechte und gegen die Abschiebung von Asylsuchenden. Öffentlich bekannt wurde Wieland auch als Konsul der symbolischen "Geistigen Republik Zitzer".

Doris Achelwilm, Regine Albrecht, Joachim Barloschky, Cornelia Barth, Horst Bartsch, Rudolph Bauer, Udo K. Bauer, Inge Bertzbach, Erwin Böhm, Eva Böller, Christel und Fritz Bolte, Marlene Bona, Toni Brinkmann, Hartmut Drewes, Peter Erlanson, Roman Fabian, Bettina Fenzel, Elisabeth Graf, Ulrike Hardow, Barbara Heller, Cornelius Hertz, Heike Hey, Annemarie Hildebrandt, Marlies und Sönke Hundt, Klaus Jakubowski, Herbert Jegodtka, Anke Jungclaus, Jürgen Karbe, Ulla Kittler, Günter Knebel, Andrea Kolling, Margot Konetzka, Ingeborg Kramer, Ekkehard Lentz, Friedrich Lüne, Barbara Matuschewski, Rainer Medlin, Birgit Menz, Annegret Merke, Katja Modlmeier, Wilfried Preuß-Hardow, Herma Priebe, Marc Reumann, Jens-Volker Riechmann, Ruth Rieß, Wolfram Roger, Heiner Rosebrock, Jobst Roselius, Gerd-Rolf Rosenberger, Walter Ruffler, Gerhard Schäfer, Petra Scharrelmann, Wilfried Scharfenberg, Norbert Schepers, Klaus Schiesewitz, Martin Schmidt, Hans-Ludwig Schröder, Inge Siemering, Andrea Spangenberg, Manfred Steglich, Antje Steinberg, Hartmut Stinton, Fritz Storim, Maja Tegeler, Holger Theiss, Brunhilde van Nguyen, Gisela Vormann, Regine Voß, Herbert Wehe, Jürgen Wersbe, Jürgen Willner

Traueranzeige für Wieland von Hodenberg
im „Weser-Kurier“ vom 6. November 2021

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

Bremer Montagsdemo

Kontakt

Seit August 2004 treffen wir uns **jeden Montag um 17:30 Uhr** in Bremens guter Stube, am Roland auf dem **Marktplatz**. Wir sind eine bunt zusammengewürfelte Gruppe aus Arbeitslosengeld-I- und -II-Empfängern, Rentnern, Hausfrauen, Schülern, Sozialgeldbeziehern und Arbeitnehmern, die sich mit uns solidarisieren. Die Bremer Montagsdemo ist die größte regelmäßige politische Veranstaltung in der Hansestadt!

Uns eint die **Empörung über die asozialen Gesetze** der Bundesregierung, die sich unter Hartz I bis IV und Agenda 2010 keinen guten Namen gemacht haben. Wir wollen öffentlich zeigen, dass wir damit nicht einverstanden sind! Noch haben nicht alle Menschen begriffen, dass absolut *jeder* davon betroffen ist, sei es bei den Zuzahlungen für die medizinische Versorgung oder den Rentenkürzungen!

Zur Sprache kommen auf der Montagsdemo aber oft auch andere Themen, die uns bewegen und denen immer wieder gemein ist, wie zum Profitscheffeln **das Gemeinwohl mit Füßen getreten** wird. Ab 2010 war dies der Protest gegen das größtenwahnsinnige Bauprojekt „Stuttgart 21“, im Jahr 2011 unser Veto gegen den unverantwortlichen Betrieb von Atomkraftwerken, das die Regierung zur Stilllegung mehrerer Altmeiler gezwungen hat.

Wir haben ein **Offenes Mikrofon**, wo jeder zu Wort kommen kann, um die eigene Meinung oder auch ein persönliches Problem vorzutragen. Gerne helfen wir einander, geben Tipps, begleiten uns zur Bundesagentur für Arbeit oder zum (No-)Job-Center. Die Bremer Montagsdemo ist **überparteilich**, vertritt also keine politische Partei. Nur von den Faschisten grenzen wir uns nachdrücklich ab!

Kontakt: Hans-Dieter Binder („Die Linke“), Donaustraße 81, 28199 Bremen, Telefon 0421-501 501, [GDBinder\(at\)web.de](mailto:GDBinder(at)web.de);
Wolfgang Lange (MLPD), Biebricher Straße 30, 28199 Bremen, Telefon 0421-554 337, [Wolfgang.Lange\(at\)nord-com.net](mailto:Wolfgang.Lange(at)nord-com.net)

Zuschriften an: [Initiative\(at\)Bremer-Montagsdemo.de](mailto:Initiative(at)Bremer-Montagsdemo.de) (Verteiler),
[Manuskripte\(at\)Bremer-Montagsdemo.de](mailto:Manuskripte(at)Bremer-Montagsdemo.de) (Redaktion)

Spendenkonto: Jobst Roselius, IBAN: DE25 2011 0022 2837 7391 84,
BIC: PBNK DERR XXX (Postbank Hamburg)

Impressum/Datenschutz: G. Wulf, Luchtbergstraße 27, 28237 Bremen, Info(at)Bremer-Montagsdemo.de (parteilos) – Für die Beiträge haften die Verfasser. Zuschriften können intern diskutiert und veröffentlicht werden. Diese Website verwendet statisches HTML ohne Scripting oder Tracker, setzt keine Cookies und erfasst selbst keine Besucherdaten. Der Provider erfasst Ihre IP-Adresse, Verweildauer sowie Seitenaufrufe für eine Statistik. Es gibt keine Werbeeinnahmen aus eingebundenen oder verlinkten Fremdinhalten.

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz